

# Rorrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.      Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, ausf. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Rorr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.      Leipzig, den 12. Dezember 1911.      Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.      Nr. 143.

## Die Neuregelung der Lokalzuschläge und die Badeorte.

Als ich den „Rorr.“ vom 14. Oktober d. J. zu Gesicht bekam, worin das Beschlusprotokoll über die Tarifverhandlungen veröffentlicht wurde, und daraus erfuhr, daß die Lokalzuschläge eine neue Einteilung gefunden haben, und zwar nach dem Muster des Reichsbesoldungsgesetzes, freute ich mich und mit mir wohl noch viele Kollegen, die in Bade- bzw. Kurorten konditionieren. Endlich hat der Tarifausschuß auch eingesehen, womit wir uns des öfteren in den Ortsvereinsversammlungen beschäftigt haben, nämlich, daß die Lokalzuschläge nach dem Servistassentafel des Staates geregelt werden müßten.

Auf Anfrage bei den hierfür maßgebenden Stellen erfuhr ich, daß sich unser Badeort in der Klasse C befindet, d. h. die Beamten bekommen hier wegen der außergewöhnlich hohen Wohnungsmieten einen Zuschuß laut Besoldungsgezet von 12 1/2 Proz. Das steht unabweisbar fest.

So optimistisch war ich nun allerdings nicht, um gleich anzunehmen, daß uns der Tarifausschuß einen solchen „Schreck“ einjagen würde und uns zu der allgemeinen zehnprozentigen Lohnerhöhung noch extra weitere 10 Proz. als „Weihnachtsgeheim“ geben würde. Denn als nächster Gewerkschaftler sagte ich mir, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, wenn an einigen Orten — und dazu noch in der Provinz — ein Gewerbe eine sofortige Erhöhung der Löhne um 20 Proz. (inkl. Grundposition) ertragen könnte. Das wäre schon aus Konkurrenzrücksichten gegenüber den nächstgelegenen Städten, wo die Verhältnisse in Bezug auf Mieten usw. nicht leicht günstiger liegen, einfach unangebracht.

Aber ebenso müssen wir auch die Kollegen beipflichten, daß es doch nur als billig und gerecht angesehen werden kann, wenn in einem Badeorte wie dem unfrigen, der in der Servistasse C gruppiert ist, zu unserm jetzigen Lokalzuschlag von 2 1/2 Proz. doch wenigstens ebensoviele am 1. Januar 1912 hinzutreten müßte. Aber weit gefehlt! Wir bekommen nach der neuen Einteilung — die, nebenbei bemerkt, doch eine gerechtere sein soll als die heutige — nicht einmal den bescheideneren Zuschlag von 2 1/2 Proz., sondern leider nichts. Denn es heißt ausdrücklich in dem Beschlusprotokolle vom 7. Oktober, daß der Antrag des Kollegen Setz angenommen wurde, welcher besagt: „... Orte, die im Jahresdurchschnitt weniger als 30 Gehilfen beschäftigen, führen den Lokalzuschlag bis 1. Oktober 1913 ein“. Das ist m. E. so zu verstehen, daß unsere Herren Prinzipale den Lokalzuschlag wohl früher einführen können, aber nicht dazu gezwungen sind.

Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, anzunehmen, daß auch unsere Prinzipale den Einführungstermin so spät als möglich hinausschieben werden. Es ist das erstens ihr gutes Recht, und zweitens zählt in allgemeinen niemand mehr, als wozu er verpflichtet ist. Ich gebe zu, daß es auch hier Ausnahmen geben wird, die aber wohl zu zählen sein werden.

Vorstehender Beschluß hätte in dieser Form nicht gefaßt werden dürfen. Wenn die heutige Festsetzung der Lokalzuschläge nicht überall den richtigen örtlichen Verhältnissen angepaßt ist — was zugegeben werden muß — und deshalb ein anderer, und zwar besserer Weg gefunden wurde, nämlich die Festsetzung nach dem Reichsbesoldungsgezet, so hätten logischerweise doch auch die Orte nach diesem Gezet eingestuft werden müssen — bei größeren Städten ist es so gehandhabt — und nicht, wie leider geschah, nach der Gehilfenzahl.

Ich möchte meinen Kollegen an einem Beispiele be weisen, wie namentlich die Badeorte durch diese neue Einteilung — und speziell der unfrige — benachteiligt werden. Unfrige Nachbarküste Greifswald, Anklam und Demmin haben 2 1/2 Proz. Lokalzuschlag mit dem 1. Januar 1912 zu beanspruchen, trotzdem diese Orte laut Beamtenbesoldungsordnung in Servistasse D gruppiert sind. Stralsund ist gleich mit unserm Ort in Klasse C und hat zu seinen bisherigen 5 Proz. weitere 2 1/2 Proz. auch mit dem 1. Januar zu bekommen; von ganzem Herzen gönne ich den Kollegen diese Zulage. Aber wäre es nicht billig und gerecht gewesen, wenn unser Ort, der erst 2 1/2 Proz. Zuschlag hat, wenigstens auch mit Einführung des neuen Tarifs ebensoviele zu beanspruchen hätte? Die neue Regelung soll doch gerade eine Billigkeit aufheben.

Wenn ich bedente, daß auf den Grundlagen des Reichsbesoldungsgezetes unsere neuen Lokalzuschläge aufgebaut sind, dann kann es nur heißen: Für gleiche Servistassen gleiche Zuschläge! Daß dem leider nicht so ist, haben wir hier gesehen. Es wäre für uns ein Trost, wenn wir an der schönen blauen Ostsee nicht allein zu bedauern sind.

Nun komme ich zu einem andern Punkte, der im Grunde genommen gut gemeint ist, aber auf halbem Wege stehen bleibt, ich meine die Saison- oder Feuerungszuschläge, die in Bade- und Kurorten vom 1. Mai bis 15. September jeden Jahres gewährt werden sollen. Wenn auch im Tarifausschußprotokolle nichts von Feuerungszuschlägen zu lesen steht, so sind sie es im Grunde genommen dennoch; schon deshalb, weil dieselben nur während der Saison zu zahlen sind. Denn es wird doch ohne weiteres jedem Leser klar sein, daß wenn sich in einem kleinen Orte während einer kurzen Zeit 30000 bis 40000 Fremde aufhalten, da ganz naturgemäß die Preise für alle Artikel in die Höhe schnellen. Daß nach Schluß des Fremdenverkehrs die Preise wieder sinken, ist nicht der Fall, wofür ich zu jeder Zeit den Beweis erbringen kann. Deshalb hätten diese sogenannten Saisonzuschläge für die Badeorte als Feuerungszuschläge das Jahr hindurch bestehen bleiben müssen. Selbst wenn dieses der Fall wäre, könnte von einem Vorteile gegenüber den Landstädten im Binnenlande nicht gesprochen werden. Wie es aber jetzt beschlossen wurde, führen wir uns benachteiligt. Der „Rorr.“ schreibt übrigens nur von elf Badeorten, die dieses Vorteile teilhaftig werden sollen, trotzdem münche und hoffe ich, daß auch unser „kleiner“ Badeort beim Tarifausschuße Gnade gefunden hat. Ich bin der festen Überzeugung, daß wenn unsere Lokalzuschlagsfrage nach dem alten „militärischen“ und ungerechten Rezept geregelt worden wäre, wir bedeutend besser abgekommen hätten als nach der neuen und „gerechteren“ Einteilung auf Grund der Servistassen.

Anmerkung der Redaktion: Wir nehmen diesen Artikel nur auf wiederholtes Drängen auf, und zwar in der Erwägung, daß in dem in Betracht kommenden Mitgliederkreis irrümliche Anschauungen in dieser Frage vertretet werden, die zu klären weniger der vorstehende Artikel als unsere Bemerkungen dazu geeignet sein dürften. Es stimmt verschiedenes nicht bei diesem Schmerzensrufe von der Ostsee. Der in Frage kommende Ort ist von 2 1/2 auf 5 Proz. Lokalzuschlag gekommen. Mehr als 2 1/2 Proz. soll bekanntlich die diesmalige Erhöhung nicht betragen. Die getroffene Normierung der für die einzelnen Klassen festgesetzten Prozente kann vielfach erst in einigen Karriepfeilen voll durchgeführt werden. Der Artikelschreiber betont ja selbst, daß der Sprung von 2 1/2 auf 12 1/2 Proz. mit einem Male zu groß ist. Nun ist ja richtig, daß in dem gedachten Druckerort 30 Gehilfen im Jahresdurchschnitt nicht beschäftigt werden, regelmäßig vielleicht nur die Hälfte. Also läme als Einführungstermin der 1. Oktober 1913 in Betracht. Daran läßt der Verfasser nun Kritik, ohne aber zu überlegen, was die Umwälzung auf dem Lokalzuschlagsgebiet und die für fast 500 Druckerorte eintretenden Veränderungen resp. Neueinführungen hinsichtlich der Durchführung eigentlich zu besagen haben. Auch scheint ihm unbekannt zu sein, daß durch den Tarifabschluß von 1906 die Einführung resp. Erhöhung von 77 Lokalzuschlägen auf das Jahr 1909 verschoben wurde, und zwar ohne Ansetzung des Druckers. Es kamen ganz große und auch sehr kleine in Betracht; ja für 37 konnte die Neieinführung im Jahre 1909 von den Prinzipalen verlangt werden, sie hatten aber einen Nachweis zu erbringen, daß die Lebensmittel eine Erbilligung erfahren haben. Diesmal hat man nur kleine Druckerorte mit einem späteren Einführungstermine bedacht, um so die eintretenden vielen Veränderungen leichter durchzuführen. Denn so einfach ist die Sache denn doch nicht, wie der Artikelschreiber vielleicht denkt. Daß die Gehilfen an dem in Frage stehenden Ort unter dem alten Systeme „bedeutend besser abgekommen hätten“, glauben wir auf keinen Fall. Beantragt hatten sie ja selbst nur die Erhöhung von 2 1/2 auf 5 Proz. Wenn die beiderseitigen Kreisvertreter keinen Badeortzuschlag vorgeschlagen haben, so wird dies sicherlich in Bedenken über die Durchführbarkeit seine Begründung haben. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Kollegen in Badeorten auf eine höhere Bezahlung dringen müssen. Das Minimum sollte da allenfalls der möglichst kurz bemessene Anfangslohn sein. Mit 2 1/2, oder 5 Proz. Lokalzuschlagserhöhung resp. einem ebenso bemessenen Badeortzuschlage

wird das Kraut nicht fett gemacht. Mit der Behauptung, daß wenn der Fremdenzufluß von 30—40000 Personen vorüber, die Preise nicht wieder nachlassen, nennt der Artikelschreiber offene Lügen ein. Sogar zwischen Haupt- und Nebensaison besteht ein Unterschied, zwischen der stillen Zeit erht recht. Freig sind auch die Behauptungen über Anklam und Demmin. Diese Orte haben überhaupt noch keinen Lokalzuschlag.

## Gewerkschaftsrevue.

Die außerordentlich starke Inanspruchnahme des Raums durch die wichtigsten Fragen und Vorgänge organisatorischer und tariflicher Natur hat uns in diesem Jahre von so mancher andern Arbeit abgehalten. Im weissen davon, von dem allgemeinen gewerkschaftlichen Leben und Arbeiten gebrängte, anschauliche Bilder zu entrollen; alles, was wert- und bedeutungsvoll ist, rückschauend und nachprüfend noch einmal Revue passieren zu lassen. Wobei nicht selten Dinge mit berührt werden müssen, die eine weniger hohe Einschätzung verdienen, oft direkt unerfreulich sind, aber doch in ihrer Art lehrreich wirken. Nur siebenmal erst konnten wir dieser Pflicht, Aufklärungs- und Erziehungsarbeit zu verrichten, in diesem Jahre nachkommen. Wir werden aber bemüht sein, nimmehr, wo die Wogen sich wieder geglättet haben und manche stille Einteilung gehalten wird, das Notwendigste nachzuholen.

Wenn man die Vorgänge der letzten Wochen bei uns Buchdruckern noch einmal an dem geistigen Auge vorüberziehen läßt, so werden dabei ja nicht die angenehmsten Empfindungen ausgelöst. Aber wie in diesem Falle bei uns, so sieht man auch in andern Gewerkschaften auf Quertreibern, Eigenbröckeleien und Oppositionsdrang. Es sind nicht immer die größten Organisationen, bei denen der Geist des Widerspruchs sich in Bahnen bewegt, die einer geüblichen Gewerkschaftsarbeit abträglich sein müssen, sondern auch in kleineren Verbänden machen sich solche Strömungen bemerkbar. Hier wirken sie meistens noch destruktiver, denn sie treten da mehr in den Vordergrund als in größeren Organisationen, wo von außergewöhnlichen Zeiläufen abgesehen, derartige Extrematuren nicht so die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken vermögen, auch wohl des öfteren Vorkommens wegen das Interesse daran abgestumpft wird. Für die berufenen Organe müssen sie natürlich Gegenstand genauer Beobachtung sein, denn was zunächst nur Unsichtbare einzelner ist, kann leicht zu einem ernsteren Symptome werden.

Was in dieser Beziehung alles möglich ist, muß Erstauens herporrufen. Da machte vor etlichen Monaten in Bremen ein Maurer im sozialdemokratischen Organe seinen geprehten Herzen Luft über den Verlauf des Dresdner Gewerkschaftskongresses. Die geleistete Arbeit, die liberaleinstimmung in den großen gewerkschaftlichen Fragen unserer Lage waren ihm gar nichts. Für sein Urteil war allein bestimmend, daß es an dem von manchen Leuten nun einmal für unbedingt nötig erachteten Streik vollständig gefehlt hat: „Wir kommen da mit einem Male die „Zentrumstage“ in den Sinn, da verläuft ja auch alles so „programmatisch“. Ob wir sozialdemokratischen Arbeiter an dieser „Programmlosigkeit“, „Aufse“, „Harmonie“ und wie diese spießbürgerlichen Tugenden alle heißen mögen, einen so großen Gefallen finden können, ist doch wohl sehr fraglich. Ich für meinen Teil lobe mir das gerade Gegenteil. Ein Dresdner oder Mühlberger Parteitag war mir zum Beispiel lieber als ein Essener oder Leipziger.“ Wenn man so etwas liest, wäre der gewerkschaftlich gereifte Arbeiter versucht, überlegen zu sagen: „Es muß auch solche Käuze geben“. Ueilen, das würde in diesem Falle nicht angebracht sein. Bremen ist bekanntlich der Hort der Bannekoekerei, die freilich — dank der entschlossenen Abweisung weitestere Kreise — im Verlassen ist. Daraus erklären sich eben solche numberbaren Erscheinungen wie die des gedachten Maurers. Es ist doch wahrlich viel gesagt, wenn jemand über Arbeitertagungen seine Freude bekundet, die nach allgemeiner Ansicht eine schädliche Rückwirkung ausgeübt haben durch die Art der Austragung bestehender Differenzen. Das Maurerorgan schrieb denn auch diesem von dem in Bremen vorherrschenden Geist allzusehr angefüllten Mitglied einige Wahrheiten ins Stammbuch, die schließlich auch allgemeines Interesse haben: „Wie muß es in dem Kopfe eines Menschen aussehen, der

## Korrespondenzen.

**Was l. Org.** Die am 2. Dezember abgehaltene Monatsversammlung hatte einen zahlreichen Besuch zu verzeichnen, wie es selten der Fall ist, aber doch immer sein sollte. Den ausgesperrten Tabakarbeitern wurden aus der Ortskasse 15 Mk. bewilligt und der Beitrag zur letzteren bis auf weiteres um 15 Pf. erhöht. Dann wurden zur Tarifeinführung noch Hinweise gegeben, die hoffentlich auch hier glatt verlaufen wird. Das Weihnachtsgewinnverteilung soll in kleinem Maßstab am Vorabend des Höhepunktjahresfestes im Vereinslokal begangen werden.

**Berlin.** Am 2. Dezember feierte der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer in den Gesamträumen der „Neuen Welt“ sein 49. Stiftungsfest. In großer Zahl benutzte die Berliner Kollegenschaft diesen Anlaß, um nach den ersten und oftmals erregten Debatten der vergangenen Wochen über das Resultat der Tarifrevision jetzt einmal einige Stunden ungetrübten Frohsinns in kollegialer Gemeinsamkeit zu erleben. Und dieser Zweck ist auch in bester Weise erreicht worden, obwohl die Ergebnisse der Tarifverhandlungen nicht etwa für diesen Abend der Vergessenheit überantwortet waren, sondern sogar das Hauptmotiv der Arbeitungen bildete. Die prächtige humoristisch-satirische Behandlung der Tarifrevision sowie der gewerblichen und sonstigen Vorgänge des letzten Jahres in der von „zwei bekannten Revuepositionen“ verfassten großen Revue „Berlin? ? ? bleibt Berlin!“ löste bei den Anwesenden hellste Freude aus. „Die Tariffamilie“, „Der Vertrauensmann aus dem Jahre 1912“, „Der Prinzipal Prüderling“, kurz, jedes Bild der Revue war ausgezeichnet gestaltet und rief die größte Heiterkeit hervor. Wie die Darsteller der Revue, so boten auch in besonderen Vorträgen das Ultrio und das Humorquartett wieder nur Gutes. Inmitten des festlichen Programms gab es natürlich auch einen ernsteren Teil, in dem in einer Festsprache (im großen Saal vom Kollegen Massini, im kleinen Saal vom Kollegen Albrecht) das 49-jährige Bestehen des Vereins gewürdigt wurde. Der ganze Verlauf des Festes hat die Teilnehmer ersichtlich in volstem Maße befriedigt, und dies wird für die Vergnügungskommission gewiß die beste Genugtuung sein. Ihr sowie den Dichtern und Mitwirkenden gebührt für die schöne Veranstaltung allseitiger Dank.

**Überwalde.** Unsere diesjährige Generalversammlung hielten wir am 2. Dezember ab. Zunächst wurde ein Kollege in unsern Verband aufgenommen. In seinem Jahresberichte bemängelte der Vorsitzende den schwachen Besuch der Versammlungen. Hierin müsse ein gewisses Besseres eintreten, die Arbeitsfreudigkeit des Vorstandes könnte nur dann anhalten. Da tarifliche Verhältnisse sich zurechtfindend. Der Vorstand wurde hierauf mit Ausnahme des Kassierers einstimmig wiedergewählt. Diese Wahl fiel auf den Kollegen Dräger. Nachdem die Bücher der Kartellbelegierten, Revisoren und Bestreuer zum Besitzvordräng erlobigt waren, wurden dort auf 20 Mk. bewilligt. Eine Besprechung über die Gehilfenvertragswahl zeigte, daß man hierorts wünscht, daß dieses Amt dem Kollegen Hannack (Stettin) übertragen werden möchte. Als zweiter Stellvertreter wurde Kollege Schindhelm aufgestellt. Ein Antrag, die Gründung eines Kollegengangsvereins betreffend, wurde abgelehnt, desgleichen ein Antrag, dem Arbeitergesangsverein 10 Mk. aus der Ortskasse zu bewilligen. Um die Kollegen mit den technischen Neuerungen usw. auf dem laufenden zu halten, sollen verschiedene Fachblätter abonniert und den Mitgliedern zugänglich gemacht werden. Schließlich wurde zur Vorbereitung eines Vergnügens eine Kommission gewählt. Den Rest bildeten interne Angelegenheiten.

**r. Göttingen.** Unsere letzte ordentliche Monatsversammlung fand am 2. Dezember statt. Nachdem der Vorsitzende die zahlreich erschienenen Kollegen, darunter einige in letzter Zeit hier neu in Kondition getretene, begrüßt hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Beim Punkte „Tarifliches“ kam zuerst ein regen Meinungsaustausch über tarifliche Fragen aller Art auch die in der letzten Nummer des „Typograph“ veröffentlichte „Stellungnahme“ der hiesigen Händler zum Ergebnisse der Tarifverhandlungen zur Sprache, auch der Fall Becker (Mensberg) erfuhr eine kurze Erwähnung. Als Termin für die Generalversammlung wurde der 13. Januar festgesetzt. Der letzte Punkt der Tagesordnung: „Verschiedenes“, brachte außer einigen internen Angelegenheiten eine Fortsetzung der Tarifdebatte, welche jedenfalls für die wenigen Kollegen, die dieser sehr interessant und angeregt verlaufenen Versammlung ferngeblieben waren, nicht zum Schaden gewesen wäre. Mit dem Wunsch an die Kollegen, die Versammlungen auch in Zukunft so zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter bewilligte der Ortsverein sofort nach dem Auftrage 20 Mk., die der Ortskasse entnommen wurden und durch Erstatteuren wieder aufgebracht werden.

**Gülfeld (Holtstein).** In der am 3. Dezember abgehaltenen, bedauerlicherweise sehr schwach besuchten Generalversammlung wurde zunächst der Vorstand wiedergewählt. Für die Tabakarbeiter wurden 10 Mk. bewilligt; durch eine Sammelliste wurden außerdem noch 9 Mk. aufgebracht. Das Stiftungsfest wird am 3. Februar nächsten Jahres gefeiert und eine Kommission mit den Vorarbeiten betraut. Das festliche Vereinslokal wird beibehalten; auch bleibt die Höhe des Ortsvereinsbeitrags dieselbe. Es folgte noch eine interessante Aussprache über die Einführung des neuen Tarifs und die neue Reichsversicherung. Mit dem Wunsche, daß wir im neuen Jahr

solche Ansichten äußert! Diese Vorliebe für die dunkelsten Parteien unserer Bewegung ist einfach perwers, ist der Ausfluß einer krankhaften, bis zur Bemüßlosigkeit vererbten Sinnlosigkeit. Es ist das Produkt der Bremer Methodik; was er in diesen Sätzen von sich gibt, ist die natürliche Frucht des blinden Wortabzählens, der in Bremen seine Wüsten treibt. Darum darf man B. nicht voll dafür verantwortlich machen; aber seine Erzieher, die ihn auf dem Gewissen haben, sollten sich den Fall recht gründlich betrachten. Vielleicht dämmert ihnen eine Erkenntnis auf, in wie hohem Maße sie sich an den Leuten, die sich vertrauensvoll ihrer Führung überlassen, und an der Bewegung verhängen.“

Bei den Lederarbeitern machte sich gegen die Beschlüsse der letzten Generalversammlung eine ihrem Wesen nach bedeutende Opposition Platz. Die Anstellung eines ständigen Verbandsbeamten rief bei früher in der Gewerkschafts- wie auch in der politischen Arbeiterbewegung mehr verbreitete irrende Anschauung wieder nach, die heute allein nur noch bei den Sozialisten Gemeingut ist: die Abneigung gegen das Beamtentum. Nun geht es ja auch bei der durch ihren oben, unfruchtbarsten Radikalismus zur absoluten Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Katerischen Richtung nicht ohne die viel, aber ganz zu Unrecht benannten, „Arbeiter in gehobener Lebenslage“. Wenn aber bei den festigen Lehrgenossen der Gewerkschaften ein Mißfall in diese überlebten Anschauungen stattfindet, wenn jetzt noch über die hohen Gehälter, die zu vielen Beamten, die Aufseherung der Betriebe durch deren Gehälter in Mitteleuropa festige Debatten entstehen und kritische Stimmungen ausgelöst werden können, so sind das nicht nur rückwärtsgerichtete Tendenzen, die sich darin offenbaren, sondern es wird mit solchen Argumenten auch den Gegnern Wasser auf ihre Mühlen geleitet. Denn bei diesen sind das noch immer gern gegen die Gewerkschaften angewandte Waffen. Aber nicht nur nach dieser Richtung zeigt sich die Bedenklichkeit solcher Divergenzen, sondern sie werden direkt gefährlich, wenn man erwägt, welchen Eindruck derartige, zu erregten Diskussionen in den Versammlungen und im Verbandsorgan führende Differenzen auf die jungen Mitglieder sowie auf die der Organisation noch fernstehenden machen müssen. Damit wird die so schwere Agitations- und Erziehungsarbeit zu richtigen Gewerkschaftlern direkt durchkreuzt. Auch die Organisation der Lithographen und Steindrucker mußte solche Querstreifen erleben, die ebenfalls aus angeblich unbedingenden Generalversammlungsbeschlüssen — zu hohe Beiträge, Ablehnung der beantragten Staffelleistungen — sich herleiteten. Es hat sich nämlich mit dieser Motivierung eine ausrichtlose Sonderorganisation der Tapeten-, Wachstuch- und Lino-leumdrucker gegründet, vor der die Vorstände des Verbandes der Lithographen und Steindrucker sowie des Fabrikarbeiterverbandes unlängst öffentlich warnten. Die Maler, haben, in Leipzig erfahren müssen, wozu, manchmal das Verbot der mangelnden Demokratie, der herrschenden Autokratie, von der Kampfunfähigkeit, von dem „Stoß auf ähnerne Füße“, dem „morchen Gerill“ usw. führt. Die mit solchen Schlagworten operierenden Versammlungsmatadore — leider waren vier Vorstandsmitglieder die Haupttreiber — hatten in jahrelanger Ministerarbeit das kollegiale wie das Versammlungsgliedern herab vergiftet, daß die einsichtigen Mitglieder sich abgestoßen fühlten von diesen Machinationen und — leider — den Versammlungen fern blieben. Die „wahren“ Demokraten hatten so Oberwasser für ihre Machenschaften, worunter die Beitragsverhöhung um 10 Pf., die man in Gehaltserhöhungen der Beamten aufgehen ließ, obwohl die Generalversammlung jede Gehaltserhöhung abgelehnt hatte, eine Hauptrolle spielte. Die Teilnahmslosigkeit der Mehrzahl der Mitglieder brachte es schließlich dahin, daß ein Antrag auf Gründung einer Lokalorganisation in einer Versammlung die Majorität finden konnte. Nun kam das Mitgliedergrößen aber zur Selbstbestimmung und setzte diesen Beschluß wieder beiseite, und alles war wieder gut. Die eigentlichen Zerplitterter aber wollen weiter die Welt mit ihren anarchohischen Begleitungsversuchen aus den Angeln heben. In München hat ein ähnliches Beginnen bei den Malern einen für solche Strömungen bezeichnenden Ausgang genommen. Bei der ersten Generalversammlung des „Bayerischen Malerverbandes“ sollten bei der Rechnungslegung ganze 88 Mk. vorhanden sein, obwohl der Beitrag auf 50 Pf. festgesetzt war. Bei diesem außerordentlichen Interesse der Maler in Bayern für eine Sonderorganisation mußte der Herr Kassierer zu der ja zurechtfindenden Schlussfolgerung gekommen sein, daß solchermaßen die ganze Geschichte keinen Zweck habe, also auch die 88 Mk. nicht. Sie waren eben nicht da. Und nun ist diese Sonderorganisation nicht mehr da, ihr Kassierer aber dort, wo schon mancher Ungerechte ein stilles Mägel gefunden hat. Der „Werdengang“ derartiger Abplitterungen ist fast immer der gleiche: Nachdem einige Verwirrung in den Reihen der betreffenden Verufe angerichtet, verschwinden sie entweder bald von der Bildfläche, oder sie führen ein kümmerliches Dasein, das sich zumeist in gehässiger, anarchohischer Bekämpfung der Stammorganisation und gelegentlich auch in offener Streikbewegung bei wirtschaftlichen Kämpfen erschöpft. In Leipzig haben bei einigen Branchen vorgekommene geringfügige Abplitterungen zur Gründung von Sonderorganisationen und zur Bildung eines Kartellbundes geführt. Auf alle Fälle sind die Unternehmer die lachenden Dritten dabei.

Es kommt auch vor, daß Unzufriedenheit mit Tarifabschlüssen zu solchen bedauerlichen Vorwunden führen. Bei den Malern hat das Zustandekommen eines Reichstarfs in Hamburg zu einer derartigen Diszi-

plinslosigkeit im vergangenen Jahre die Ursache abgegeben. Die damals abgefallenen Mitglieder haben aber inzwischen eingeschaut, daß sie sich in eine Sackgasse verzerrten und sind der Organisation wieder beigetreten. Auch an andern Orten zumorte es in diesem Verband ob dieses Tarifabschlusses, jedoch haben sich die Wasser der Opposition wieder obllig verlaufen. Daß die Leipzig-Zerplitterter sich diesen Broden nicht entgehen ließen, läßt sich denken: Jedoch selbst bei einem günstigen oder befriedigenden Ausfalle tariflicher Vereinbarungen ist Zufriedenheit selten zu finden. Die Duschbiner haben um die Mitte dieses Jahres bekanntlich eine Erneuerung ihres Dreistättentaris zu annehmbareren Bedingungen erzielt. Der Vorsitzende Kloth sah sich jedoch veranlaßt, in dem österreichischen Verbandsorgan zu schreiben, daß wenn man lediglich nach der Stellungnahme in den Versammlungen urteilen wolle, nur anzunehmen sei, daß fast nichts erreicht worden wäre. Was damit Emil Kloth von seinen Kollegen in Berlin, Leipzig und Stuttgart sagt, kann man in unserer Organisation für eine größere Allgemeinheit gelten lassen. Freilich ebenso wenig in zustimmendem als in anerkennendem Sinne.

Kostrennungsbestrebungen der Handwerksmacher, deren Organisation vor einiger Zeit in dem Lederarbeiterverband aufgegeben ist, geben weiter zum Nachdenken Anlaß. Man glaubte auf Seiten dieser Berufsgruppe mit einer eignen Gewerkschaft weiter zu kommen. Dieser Vorgang — die Sache selbst ist gültiglicherweise wieder eingekent — ist wieder ein Beweis, wie vorsichtig in der bisfälligen Verschmelzungsfrage zu Werke gegangen werden muß. Der Industriearbeiterverband darf nicht zu der alleinseligmachenden Parole werden. Über die Zweckmäßigkeit sollen nicht äußere Gesichtspunkte, die Zusammenlegung mehr oder weniger großen Mitgliederzahlen und das damit erpölfte Symponieren auf die Arbeitgeberverbände, entscheidend sein, sondern die innerliche Notwendigkeit. Es spielen in dieser Frage die vielgenannten Symponierabläufe tatsächlich eine gemischte Rolle. Hier schematisch verfahren, ist gleichbedeutend mit der Heraushebung innerer Streitigkeiten, die manchmal mehr Schaden anrichten, als eine Verschmelzung Gutes stiften kann. Die Nachbeter haben z. B. im Juli diesen Schritt, die Überführung ihrer Organisation in den Deutschen Bauarbeiterverband, mit sogar großer Mehrheit abgelehnt. Recht interessant waren auch die in dieser Beziehung auf der diesjährigen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes gepflogenen Debatten. Zwischen dieser größten gewerkschaftlichen Organisation und dem Schmiedeverbande wird in den letzten Jahren die Verschmelzungsfrage lebhaft ventiliert. Die vorjährige Generalversammlung der Schmiede hatte die von der Zeitung des Metallarbeiterverbandes proponierte Übertrittsbedingungen für ungenügend erachtet. Auf dem Verbandstage der Metallarbeiter in Mannheim wurde nun von Vorstandseite erklärt, das von den Schmiedeben verlangte, Ausnahmerecht hinsichtlich der örtlichen Vereine und einer besonderen Gruppenleitung in dem Verbandsvorstande der Metallarbeiter könne nicht zugestanden werden, da dadurch an der Verfassung der Metallarbeiterorganisation gerüttelt werde. Die mit den Berufscentralen bei den Holzarbeitern vorgebrachten Opportunitätsgründe seien nicht haltbar. Im Holzarbeiterverbande hätten, wie der Vorstandreferent ausführte, die Berufscentralen der Korbmacher und Bürstebinder die Organisation nicht gefördert, sondern zu Unzulänglichkeiten in der Erledigung der Verwaltungsgeschäfte geführt. Auch die ihnen zugewiesene Aufgabe, statistische Erhebungen usw. vorzunehmen, habe sich als nachteilig für die betreffenden Verufe erwiesen. Man könne nichts Unklügeres tun, als Einrichtungen nachzuahmen, die ihrer ganzen Art nach nicht lebens- und entwicklungsfähig sind. Es müsse an der starken Zentralkraft festgehalten und es dürfe keine Lockerung zugelassen werden. Die Generalversammlung der Metallarbeiter nahm auch diese diesen Standpunkt vertretende Resolution einstimmig an, obwohl der Vertreter der Schmiedeborganisation nochmals für die Wünsche seiner Organisation plädierte und deren Erfüllung unter Anführung verschiedener Momente für möglich erklärt hatte. Der Vorsitzende des Heizer- und Maschinenverbands nahm Gelegenheit, auf die in der Frage des Industriearbeiterverbandes vorhandenen sehr verschiedenen Ansichten hinzuweisen und zu erklären, daß in seiner Organisation die Vorbereitungen zu einer Verschmelzung noch lange nicht erfüllt seien. Aus alledem erhellt wohl, daß überleitungen nirgends unangebracht sind als in dieser schwierigen Frage der Gewerkschaftstatistik. Es wird nicht selten mit einem von dem allerdings hier recht notwendigen guten Willen befruchteten Kartellverhältnisse weiter zu kommen sein als mit einer der Entwicklung vorausseilenden oder mit den wirklichen oder besonderen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringenden Verschmelzung. Eins scheidt sich eben nicht für alles. Das ist eine zwar alte, aber ewig neue Weisheit.

Wenn die diesmaligen Ausführungen nicht gerade Mischfakten des gewerkschaftlichen Lebens hiehrten, so muß einmal auch das in Kauf genommen werden. Oft regt das weniger oder gar nicht Erwünschte mehr an als das Herausfinden der guten Seite der Medaille, und Angelegenheiten wie die Verschmelzungsfrage werden in ihrer Schwierigkeit eher erkannt und die Ansichten darüber geklärt, wenn an besonderen Vorgängen exemplifiziert werden kann. So kann eben, wie schon eingangs bemerkt, aus allem gelernt werden. Zur besseren Überwindung der immer wieder in die Erscheinung tretenden destruktiven Tendenzen ist eine kleine Streife durch diese Niederungen sogar von Nutzen. Dem Unternehmertum kann man damit viel Wind aus den Segeln nehmen.

auch die älteren Kollegen mehr in den Versammlungen beglücken könnten, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

**Leipzig.** (Maschinenmeister.) In der am 1. Dezember abgehaltenen Versammlung brachte der Vorsitzende unter „Kommissionsbericht“ einige Vorwissen in tariflicher Beziehung zur Sprache. Auch wurde die stattgehabte Druckausstellung erwähnt, welche sich eines großen Erfolgs zu erfreuen hatte und in Bezug auf Reichhaltigkeit nichts zu wünschen übrig ließ, wofür den ausstellenden Firmen sowohl als auch den Kollegen bestens gedankt sei. Zur Neuwahl des Schiedsgerichts wurden Kollege Ludwig als Vertreter und Kollege Herrmann als Stellvertreter in Vorschlag gebracht. Zum Nachschreiben Nr. 32 der Zentralkommission hatte der Vorsitzende die einleitenden Ausführungen übernommen. Nach der sich anschließenden ausgiebigen Diskussion, in welcher sich sämtliche Redner scharf gegen die Zentralkommission aussprachen, wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 1. Dezember im Schloßkeller tagende Versammlung der Drucker und Maschinenmeister Leipzigs hat Kenntnis vom Zirkular Nr. 32 genommen; die Versammelten können ihre in der letzten Versammlung gefaßte Resolution nur unterstreichen.“ Ein Antrag Hesselbach betreffend Bewilligung eines Teils der Kosten zu einem Gegenrundschriftchen fand einstimmige Annahme. Den Invaliden und Arbeitslosen wurde das übliche Weihnachtsgeschenk bewilligt.

**Wraatz.** (Maschinenmeister.) Der am 3. Dezember stattgehabten Versammlung ging eine Festsetzung der Victorine in der „Mainer Volkszeitung“ voraus. Nicht nur die Vorführungen an der Maschine selbst, sondern auch der für manche Firma vorbildliche Segmaßnahmenraum erregten das Interesse der Teilnehmer. Der Geschäftsleitung und dem die Maschine vorführenden Kollegen Weyrich auch an dieser Stelle besten Dank. Die Versammlung, die von 21 Kollegen besucht war, beschäftigte sich durchweg mit Angelegenheiten interner Natur. Unter anderem wurde der Versuch, eine Ausschlußangelegenheit wieder zur Debatte zu stellen, durch Übergang zur Tagesordnung erliegt. Die in letzter Zeit neben den Versammlungen eingeführten zwanglosen Zusammenkünfte, die besonders der Pflege der Kollegialität dienen sollen, werden bis auf weiteres beibehalten.

**Weg.** Aus der Bezirksliste wurde eine zweite Rate in Höhe von 25 M. für die ausgesperrten Tabakarbeiter bewilligt.

**Nürnberg.** (Bierzeltsbericht.) In der Mitgliederversammlung am 23. September gab Vorsitzender Weismidt einen kurzen Bericht über die Bewegung im Steinbrudergewerbe. Für Nürnberg kommen 21. Steinbruder und 677 Hilfsarbeiter als Bestellte in Betracht. Überall herrscht kampfesfrohe Stimmung, und haben sich die Christlichen, soweit sie in Betracht kommen, alle und selbst einige Gelbe der Bewegung angeschlossen. Er wünschte den Arbeitern vollen Erfolg. Nach zwei Neuaufnahmen hielt Landtagsabgeordneter Redakteur Segtz einen Vortrag über: „Die neue bayerische Steuererhebung“. In seinem zweistündigen Vortrage legte dieser besonders Gewicht auf die Erleichterungen des Gesetzes, die es auch den Arbeitern ermöglichen, die Steuer den Umständen angemessen bedeutend herabzudrücken. Schade nur, daß so wenig Kollegen es sich angelegen sein ließen, über die Anwendung der Steuererhebung aus berufenem Munde sich informieren zu lassen, um die gesegneten Steuernachlässe für sich voll in Anspruch nehmen zu können. — Über die allgemeine Versammlung am 22. Oktober, in der über die Tarifberatungen Bericht erstattet wurde, ist bereits berichtet worden. — In der Mitgliederversammlung am 25. November wurden nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen und des durch unliebsame Vorwissen bedingten Wechsels innerhalb der Vorstandschaft vier Neuaufnahmen vollzogen, worauf Redakteur Kollege Schaefer einen sehr interessanten, durch eine Menge statistischen Materials gewürzten, leichtverständlichen Vortrag über: „Zerueung und Weltwirtschaft“, hielt. Der Vortrag ist teilweise schon in den Nrn. 128 und 131 des „Korr.“ unter „Wirtschaftliches“ behandelt und erübrigt sich ein weiteres Eingehen auf denselben. Den Bericht von den vereinigten Gewerkschaften, der sehr viel Interessantes bot, gab Kollege Fißl. Zur Unterstützung der streikenden und ausgesperrten Tabakarbeiter wurden 50 M. bewilligt, denen in kurzer Zeit, wenn nötig, weitere 50 M. folgen sollen.

**Saarbrücken.** „Zwei Drittel aller Kollegen des neugegründeten Ortsvereins sind aus dem Verbands der Deutschen Buchdrucker ausgetreten.“ — Jetzt gedruckt übermittelt der „Typ.“ in einem Bericht über die Gründung eines Ortsvereins St. Ingbert (Wälz) diesen Sach seinen gedulbigen Lesern, und jeder Unbefangene müßte doch nun annehmen, daß es sich hier um einen Massenübertritt von Verbandsmitgliedern zum Gutenbergsbündel handelt. Um den nötigen Effekt zu erzielen, verschweigt man nämlich nach echt christlicher Manier (und als „Schweiger“) hat sich ja auch der Hauptinitiator im neuen Ortsverein in einem Wahlprozeß, in den er verwickelt, schon so „glänzend“ bewährt die Zahl derjenigen Bündler, die den Ortsverein St. Ingbert gründeten. Denn es wäre doch der Effekt verloren gegangen, wenn es geblieben wäre, daß sechs den Ortsverein St. Ingbert Gründenden waren „zwei Drittel“, also vier, früher einmal Verbandsmitglieder. Und weiter, wenn es geblieben hätte, der gesamte Ortsverein steht in einer Druckerlei, in der die Seele der ganzen Wäde, Faktor Sahnner, das Zepher schwingt. Früher radikal bis zum Geßel, hat er dann, nachdem er in die „Westfälische Zeitung“ (Zentrumsorgan) in St. Ingbert gekommen, eine sonderbare Wandlung durchgemacht, die ihm dann auch mit einem Wals seine christliche Gesinnung offenbar werden ließ. Wiederholte Versuche, die dortige Kollegenschaft in sein Schlepptau zu bekommen, mißlungen. Wenn es Sahnner auch glückte, einen seiner jetzigen Rumpen als Ortsvereinsvorsitzenden durchzubringen, der dann völlig zum Werkzeug in seiner Hand herabfiel; um so mehr; als sich Felly (so hieß der Geschobene), wenn überhaupt zu etwas, an letzter Stelle als Vorsitzender eignete. Nachdem vor drei Jahren der St. Ingberter Ortsverein des Verbandes aus dem Verbandsratsratell ausgetreten war auf spezielles Verreiben von Sahnner, suchten Ende 1910 die St. Ingberter Kollegen von neuem Anschluß an das Kartell und in einer hierzu einberufenen Versammlung wurde auch ein diebezüglicher Beschluß gefaßt gegen die Stimmen von Sahnner, Felly und A. Kunz. Was in dieser Versammlung von Kunz alles als Grund für einen Nichtanschluß ans Kartell vorgelesen wurde (er war bewaffnet mit einer großen Anzahl beschriebener Blätter, auf denen vorher — unter Beifall dieses Sahnner, kann man ruhig annehmen — alles aufgeschrieben worden), war, um mit Sahnner zu reden, dazu angetan, im wahren Sinne des Wortes einen Brechreiz hervorzurufen. Die Ferrer-Affäre in Spanien, die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich, irgendeine politische Revolution und weiß Gott was noch alles führte er an, um vor dem Anschluß an das St. Ingberter Gewerkschaftskartell grüßlich zu machen. Wenn sein Seeleheil noch etwas wert, der müsse sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß der „Anschluß ans Kartell“ erfolge! Trotz dem beschloßen er Kollegen den Anschluß. Dieser Beschluß war für Sahnner die Ursache, am andern Morgen beim Gauvorstande seinen Austritt aus dem Verbands zu erklären und um Verschonung seiner bisher geleisteten Beiträge zu eruchen. Wie vorauszusehen, folgte seinem Beispiele bald der getreue Felly, denn der Faktor Sahnner war, gehörte auch er hin. Selbstverständlich war sein Austritt aus dem Verbands „freiwillig“ erfolgt; niemand wird behaupten wollen, daß der Faktor Sahnner dabei seine Hand im Spiele gehabt. Kunz hielt noch stand und verließ später auf kurze Zeit den unter der Direktion des Faktors Sahnner stehenden Kunsttempel der „Westfälischen Zeitung“. Aber bald kehrte er als reuiger Sünder zurück, und nachdem er acht Tage wieder dort konditioniert, meldete er sich — selbstverständlich auch freiwillig und ohne Einwirkung des Faktors Sahnner — vom Verband ab und trat zum Gutenbergsbündel über sowie auch ein in der Druckerlei tätiger junger Kollege. Ein Gutenbergsbündler war von auswärts bezogen, und somit ging Sahnners Herzogswunsch in Erfüllung. Alle Gehilfen seiner Druckerlei bis auf einen waren im Gutenbergsbündel untergebracht. Um den letzten in der Druckerlei noch zu kapern, setzten nunmehr, nachdem sie unter den Fittichen des Sahnner Schutz gefunden hatten, auf Grund ihrer Machtverhältnisse in der Druckerlei die Gutenbergsbündler alle Gebel in Bewegung. Aber vergeblich. Sie konnten ihm die ihm winkenden Vorteile im Gutenbergsbündel in noch so schönen Farben malen, sie können noch so über den Verband und seine Leistungen wipeln, er kennt seine Pappenheimer und tritt nicht über, ruhig läßt er all die vielen „Nebenwichtigkeiten“ über sich ergehen. Sahnner aber versteht es jetzt, hinter den Kulissen die Sache zu leiten. Schlawerweise übernimmt er, der die Seele des auf das Personal der „Westfälischen Zeitung“ sich konzentrierenden Ortsvereins St. Ingbert ist, nicht einen Vorstandsposten, sondern spielt nur hinter den Kulissen den Regisseur und Leiter. Dasselbe Manöver hatte er früher im Verbandsratsvereine versucht, um diesen ins Zentrumslager zu ziehen. Ein Flugblatt gegen den Verband hat Sahnner übrigens auch losgelassen. Dieses Geistesprodukt versendet er nun an einzelne Kollegen, von denen er annimmt, daß sie für den Gutenbergsbündel reif sind; auch sucht er sich die Adressen von Nichtorganisierten zu verschaffen. Welche Aufnahme seine Zusendungen fanden (in einem großen Kuvert das Flugblatt, einige „Typ.“-Nummern und ein „Mahnwort“, in letzten beiden viele Antriche in rot oder blau), beweist der Ausdruck eines Nichtorganisierten, der die Produkte in den Papierkorb warf und in heißen Worten dagegen Verwahrung einlegte, daß man ihn mit solchen Zusendungen belästige. Wie seine Zusendungen von den Verbandsmitgliedern aufgenommen wurden, darüber will ich lieber in des Flugblattverfassers und -versenders Interesse schweigen. Sie kennen Sahnner! Wenn er glaubte, daß der Mitgliederfang für den Gutenbergsbündel so leicht sei unter den Kollegen wie bei seinem Personale, so wird er sich wohl schon eines Besseren haben belehren lassen. Dort, bei seinem Personale wurden seine Ausführungen genügt haben, diese zum „freiwilligen Eintritt“ in den Gutenbergsbündel zu bewegen, dann war es aber auch alle. Der Mut seiner Getreuen aber, die Terroristenfesseln dieses „freien“ Verbandes abzustülten usw., er ist nach Lage der Verhältnisse, na sagen wir einmal — heroisch!!! Unter den in der „Westfälischen Zeitung“ jetzt herrschenden Verhältnissen gehört aber noch mehr als Mut, da gehört auch ehrliche Überzeugung dazu, dem Gutenbergsbündel — nicht beizutreten. Auf Grund der jetzigen Verhältnisse in der „Westfälischen Zeitung“ fiel es dem Faktor Sahnner mit seinen paar Getreuen, die ihm im Geschäft alle unterstellt sind, nicht schwer, einen „freien“ Ortsverein in St. Ingbert zu gründen. Was aber die weiteren Hoffnungen Sahnners andruff, so möge er sich keiner zu großen Illusionen hingeben. Ebensovienig wie es jenem Kaplan gelungen ist, auf dem Krankenbette liegende Verbandsmitglieder im Saarbrücker städtischen Krankenhaus davon zu überzeugen, daß nur dann ihr

Seelenheil gerettet sei, wenn sie dem Verbands Valet sagen und in den Gutenbergsbündel übertreten, ebenso wenig wird Sahnner unter der Kollegenschaft des Saarcvieters Mitglieder für den Gutenbergsbündel zu gewinnen vermögen, denn die Kollegenschaft kennt den Gutenbergsbündel und die Ursache seiner Gründung, sie kennt aber auch sehr genau seinen Förderer — den Faktor Sahnner, den ehemaligen Radikalinsti und jetzigen neuen Vernegroß unter den Sicherheitsventilisten. In übrigen wären dem Zentrumsabgeordneten Becker, der eine Sammlung von „freiwilligen“ Austritten aus der Organisation anzulegen scheint und so gern von der Verderblichkeit eines Monopols auf Arbeit spricht, die Fälle aus der „Westfälischen Zeitung“ zum Studium sehr zu empfehlen. Denn der Gutenbergsbündel wird ihm mit diesen Hiftörden wohl nicht die Wude einrennen.

**Stuttgart.** Die am 2. Dezember abgehaltene Versammlung gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung in üblicher Weise der in den letzten Wochen verstorbenen Kollegen Otto Bahmann, Karl Seiffert, Friedrich Popp und Jakob Uweim. Unter „Verbandsmitteilungen“ gab der Vorsitzende zunächst die vom Deutschen Buchdruckervereine seinen Mitgliedern empfohlene Lohnverhöhung für die mit mehr als 3 M. über Minimum entlohnten Gehilfen bekannt. Betreffs der Arbeitszeit und der hin und wieder zutage getretenen Neigung für den freien Samstagmittag betonte Redner, daß letzterer nur auf Vereinbarung zwischen Prinzipal und Gehilfen beruhen könne. Die Gehilfen sollten hierbei ja recht vorsichtig sein, damit nicht der freie Samstag durch Überstunden wieder illusorisch werde. Über die Tarifeinführung am 1. Januar gab Kollege Knie eingehende Informationen. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter wurden vorerst 1000 M. bewilligt, von welcher Summe gegen 600 M. durch Sammellisten aufgebracht worden sind, der Rest wird der Gau- und Mitgliedschaftskasse entnommen. Bei längerer Dauer der Aussperrung ist eine nochmalige Unterstützung in Aussicht genommen. Des weiteren berichtete der Vorsitzende über den Stand der Hilfsarbeiterverhandlungen, den Streik der Lithographen und die Metallarbeiteraussperrung in Berlin. Aus der zum Vortrage gebrachten Übersetzung über das dritte Quartal war zu entnehmen, daß die Verbandskasse einen Überschuss von 6000 M., die Gaukasse einen solchen von 2900 M. und die Mitgliedschaftskasse eine Vermögenszunahme von 600 M. aufzuweisen hatten. Mit dem nun folgenden Vortrage (mit Lichtbildern) von Herrn Professor Dr. Fraas über „Erdbeben, unter besonderer Berücksichtigung der am 16./17. November in ganz Süddeutschland eingetretenen Erdstöße“ hatte der Vorstand den Mitgliedern etwas Aktuelles geboten, und ist wohl auch auf diesen Umstand hin der überaus zahlreiche Besuch der Versammlung zurückzuführen gewesen. Wenn der Referent das Thema auch mehr vom wissenschaftlichen Standpunkt aus behandelte, so waren seine eingehenden Ausführungen doch für jeden Zuhörer leicht verständlich, was auch der reichlich gespendete Beifall und der Dank des Vorsitzenden bewies. Nach einer kurzen Pause wurde in die Diskussion über die Mitteilungen des Vorstandes eingetreten. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um den freien Samstagmittags, und fast sämtliche Redner zeigten sich als Gegner; schon aus dem Grunde, weil dadurch eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde an fünf Tagen der Woche eintreten müßte. Zu der Vespierung über eine Weihnachtsgabe an die Konstitutionslosen gab der Vorsitzende bekannt, daß der Gauvorstand der Versammlung empfehle, von einer Sammlung in diesem Jahr abzusehen und die Gaukasse damit zu belasten. Die vom Vorstande vorgeschlagenen Sätze wurden als zu niedrig befunden, eine Erhöhung beschloßen, die Verteilung aber dem Ermessen des Gauvorstandes anheimgegeben. Die an Weihnachten durchreisenden Kollegen sollen in diesem Jahr ebenfalls wieder mit einer Extrainterstützung bedacht werden. Die Auffstellung von Kandidaten für einen Gauhilfsstellvertreter zum Tarifausschusse, für einen ersten Gehilfenstellvertreter, von drei Mitgliedern und zwei Stellvertretern zum Tarifschiedsgerichte Stuttgart und eines Mitglieds zu der vorgesehenen Beschwerdebinstanz gab, nachdem der Vorsitzende die nötigen Erläuterungen gegeben, zu heftigen Auseinandersetzungen Anlaß, erbetete aber mit der Auffstellung der Kollegen Knie als Gehilfenstellvertreter, Adolf Dengler und Wilhelm Kayser als erstem bzw. zweitem Stellvertreter. Zur Wahl für das Tarifschiedsgericht wurden die Kollegen Arnstadt, Beyerling, Collin, Gaaf, Chr. Kurz, Matthe, Sailer und Wendel in Vorschlag gebracht, von denen die drei mit der höchsten Stimmengahl Gewählten als Schiedsrichter, die folgenden zwei als Stellvertreter zu fungieren haben. Da für das Mitglied zu der Beschwerdebinstanz eine Urwahl nicht unbedingt nötig ist, wurde als solches Kollege Schüle gegen eine Stimme ernannt. Die über die beiden Preisverhandlungen im „Korr.“ erschienenen Auslassungen hatten den Kollegen Dengler veranlaßt, nachstehende Resolution einzubringen: „Die Mitgliedschaft protestiert entschieden gegen die aufgestellte Behauptung, daß die in Stuttgart stattgehabten Preisverhandlungen lärmend verlaufen seien. Die „Korr.“-Redaktion wird ersucht, wenn sie eine genaue Darstellung wünscht, sich in Zukunft an die maßgebenden Instanzen zu wenden, statt sich nach Informationen zu richten, die geeignet sind, die in Stuttgart bestehende Kollegialität zu untergraben.“ Die Abstimmung ergab Annahme der Resolution gegen wenige Stimmen.

**Wismar.** Die am 2. Dezember abgehaltene Monatsversammlung bewilligte für die ausgesperrten Tabakarbeiter als erste Rate 15 M.

**Wurzen.** Am 3. Dezember fand hier eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, zu der auch die hier konstituierenden Nichtverbänder eingeladen waren. Von Wurzen waren 19 Kollegen anwesend. Von 12 Nichtmitgliedern waren 7 erschienen. Außerdem waren Verbandskollegen von Grimma (5), Merchau (3), Naunhof (4) und Dösch (3) vertreten, so daß die Gesamtheit 34 betrug. Der stellvertretende Vorsitzende begrüßte die Kollegen, besonders den Referenten, Kollegen Steinbrück (Dresden), und die erschienenen Nichtverbänder. Sodann wurde dem Referenten zu seinem Vortrage „Was bieten Verband und Tarifgemeinschaft den Kollegen für Vorteile?“ das Wort erteilt. Letzterer verstand es in ausgedehnter Weise, mit klaren Worten die Einrichtungen der Tarifgemeinschaft und des Verbandes nebst ihren Vorteilen vor Augen zu führen. Er schilderte hierbei noch die Verbesserungen und auch die Schwierigkeiten bei dem Abschluß der letzten Tarifrevision. Reicher Beifall wurde dem Redner am Schluß seines einhalbstündigen Vortrages gezollt. — Nach beendeter Versammlung verbrachten die Kollegen noch einige Stunden im gemüthlichen Beisammensein.

## Rundschau.

**Zeitungsbetrieb und Weihnachtstertage.** Einen beachtenswerten und in sozialer Hinsicht erfreulichen Beschluß faßte der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, in dem allen Zeitungsverlegern für die bevorstehenden drei Weihnachtstertage völlige Geschäftsruhe empfohlen wird. Es sollen, nachdem am Sonntag, dem 24. Dezember, die fälligen Ausgaben erschienen sind, am 25. und 26. Dezember keine weiteren Ausgaben veranlaßt und daher auch keine Anträge auf besondere Konzessionen für Feiertagsarbeit an die zuständigen Behörden gerichtet werden. Der Vorstand des Vereins der Deutschen Zeitungsverleger geht dabei von der Erwägung aus, daß diese dreitägige Ruhe keiner Zeitung schaden kann, und daß sich Verleger, Redakteure und das ganze Personal über die kurzen Winterferien freuen werden. Eine Vernachlässigung eines Blattes sei um so mehr ausgeschlossen, als sämtliche Zeitungen denselben Verhältnissen unterliegen und im Auslande durchweg genau die gleichen Feiertage eingehalten würden. Diese Anregung veröffentlicht „Der Zeitungsverleger“ an erster Stelle in seiner Nummer vom 8. Dezember d. J. unter der Rubrik „Aus der Praxis für die Praxis“. Wir begrüßen diesen Beschluß und wünschen, daß er überall Beachtung finde, wie aber auch gegebenenfalls in jenen Zeitungsbetrieben, in welchen das Berechnen bei der Satzherstellung üblich ist, bei Durchführung dieser dreitägigen Arbeitspause in geeigneter Weise darauf geachtet werden möge, daß die Vornehmnisse der berechnenden Seher für die fehlenden zwei Arbeitstage die Feiertagsfreude nicht allzu sehr belastet. Die Abonnenten der Zeitungen werden gewiß den Ausfall ihrer gewohnten Lektüre an den beiden Weihnachtstertagen unter solchen Umständen gern in Kauf nehmen.

Zum Ablaufe des Hilfsarbeitertarifs. Die Verhandlungen in der sogenannten Gemischten Kommission über Beratung und Abschluß neuer tariflicher Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Verbands der Buchdruckerhilfsarbeiter sind beunruhigend resultatlos verlaufen; folglich verlieren die bisher bestehenden Allgemeinen Bestimmungen für Buchdruckerhilfsarbeiter mit Ablauf d. J. ihre Gültigkeit. Der Vorstand der Hilfsarbeiterorganisation hat sich sofort nach Abbruch der Tarifverhandlungen an das Tarifsamt der Deutschen Buchdrucker mit der Bitte gewandt, es möge als Einigungsamt die an der Tariffache interessierten Preise zu neuen Verhandlungen zusammenführen. Nachdem die einer solchen Verhandlung entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt waren, hat das Tarifsamt hierzu Stellung genommen und in seiner Sitzung vom 6. Dezember einstimmig und im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins beschlossen, dem Antrage der Hilfsarbeiter stattzugeben. Es sind deshalb für den 18. Dezember die beiderseitigen Vertreter derjenigen 20 Orte, an denen bisher tarifliche Vereinbarungen mit den Hilfsarbeitern bestanden, zu neuen Verhandlungen, die unter Leitung des Tarifsamts stattfinden, nach Berlin berufen worden und ist zu hoffen, daß es nunmehr hierbei zu einer Verständigung zwischen den drücklichen Tarifparteien und damit zu einer weiteren Festigung des gewerblichen Friedens kommen wird.

**Betriebsunfall eines Stereotypers.** Durch Nichtbeachtung einer kleinen Fingerverletzung beim Hobeln einer Stereotypplatte zog sich ein Gehilfe in Kasell eine Blutvergiftung zu, die nach wenigen Tagen zum Verluste der rechten Hand führte.

**Vierjährige Lehrzeit im Buchdruckgewerbe und Handwerkskammer.** Wie die „Gewerke Zeitung“ berichtet, stimmte die Handwerkskammer für Neuz. a. D. einem Gesuche der Greizer Buchdruckergesellen, für das Buchdruckgewerbe im Kammerbezirk einheitlich die vierjährige Lehrzeit einzuführen, zu.

**Zum Kampf im Steinbrudergewerbe.** Einigungsverhandlungen, die am 7. Dezember in Berlin stattfanden, sind abermals gescheitert, da die Unternehmer wiederum Forderungen stellten, die für viele Arbeiter eine wesentliche Verlängerung der Arbeitszeit mit sich gebracht hätten. Die Gesellenvertreter wünschten Vertagung dieses Punktes und Eintritt in die Beratung der übrigen Punkte, wie Arbeitslohn, Bekleidungsfrage usw. Die Vertreter des Unternehmensverbands bestanden jedoch darauf, daß,

ehe dies geschehen könne, erst ihre Forderungen bezüglich der Arbeitszeit geregelt sein müßten. Nach weiterer ergebnisloser Aussprache wurden die Verhandlungen bis auf weiteres abgebrochen. Es wird demnach der Kampf vorläufig mit aller Energie auf beiden Seiten durchgeführt und weitergeführt.

**Lieferung von Zeitungen an die Hinterbliebenen verstorbener Abonnenten.** Das „Amisblatt des Reichspostamts“ veröffentlicht in Nr. 78 den Bescheid, monach Anträgen von Hinterbliebenen verstorbener Postabonnenten auf Einstellung der Lieferung der von dem Verstorbenen bestellten Zeitungen entsprochen werden kann, wenn weder von den empfangsberechtigten Hinterbliebenen die Rückzahlung des auf den Rest der Lieferungszeit entfallenden Bezugsgeldes noch vom Verleger die Erstattung der anteiligen Zeitungsgebühr aus der Postkasse beantragt wird. Über etwaige Rückforderungen des vorausbezahlten Bezugsgeldes haben sich die Hinterbliebenen mit dem Verleger unmittelbar auseinanderzusetzen. Die Anträge wegen Einstellung der Zeitungslieferung sind von den Hinterbliebenen an die Abgabepostanstalt am Wohnorte des Verstorbenen zu richten.

**Die Gründung einer Reichsbibliothek ist nach einer Beratung in der Zweiten sächsischen Kammer für Leipzig in Aussicht genommen.** Diese Zentralbibliothek soll die Aufgabe erhalten, möglichst vollständig die Erzeugnisse des gesamten Buchhandels des deutschen Sprachgebietes, die gesamte periodische Literatur, die Privatdrucke, Festschriften, Flugblätter und ähnliche Druckwerke, soweit sie nicht von der Sammeltätigkeit von vornherein ausgeschlossen sind, zu sammeln und dadurch eine im deutschen Bibliothekswesen vorhandene empfindliche Lücke auszufüllen. Die Stadtverwaltung von Leipzig hat beschlossen, für die Bibliothek einen geeigneten Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Bücherproduktion in Deutschland allein beträgt im Jahre etwa 35000 Werke. Daraus kann man sich ungefähr einen Begriff machen, daß das zukünftige Reichsbibliothekengebäude ein Riesensystem sein muß, um einen solchen alljährlichen Zugang aufzunehmen.

**Tarifvertragsklausel und staatliche Lieferungen.** Wie die „Sozialen Praxis“ mitzuteilen weiß, werden demnächst die wichtigsten Reichs- und Staatsbehörden in kommissarische Beratungen über die Frage eintreten, ob und inwieweit die Ansetzung des Reichstags, bei der Vergebung von Reichs- und Staatsaufträgen solche Bewerber zu bevorzugen, die mit ihrer Arbeiterschaft einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, entsprochen werden kann. Da kann man ja gespannt sein, wie es die Drahthändler der christlichen Gewerkschaften wieder verstehen werden oder schon verstanden haben, aus Schwarz Weiß zu machen, d. h. sich in Drohschreien und Eingaben als die verfolgte Unschuld hinzustellen und ihre numerische Bedeutungslosigkeit im Tarifvertragswesen zur Hauptsache zu stampfen und damit weitere wichtige Fortschritte im Tarifvertragswesen zu unterbinden, weil sonst die nach tariflicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse strebenden freien Gewerkschaften weitere Vorprünge erzielen würden.

**Die Rentabilität der Papierfabriken hat sich nach einer eingehenden Untersuchung des Herausgebers der „Konjunktur“ im abgelaufenen Geschäftsjahre wesentlich gehoben.** Von 84 Aktiengesellschaften haben 65 ihr Aktienkapital von 122 auf 115 Millionen Mark verringert und trotzdem stieg die Summe der verteilten Dividenden von 6,4 auf 7,5 Millionen Mark. Die Abschreibungen erhöhten sich gleichfalls um 1,3 Millionen Mark. Im Geschäftsjahre 1909/10 hatten 68 Gesellschaften einen Gewinn von 11,2 Proz. und 10 einen Verlust von 2,6 Proz.; im Jahre 1910/11 dagegen hatten 71 Gesellschaften einen Überschuß von 13,5 Proz. und nur 7 einen Verlust von 1 Proz. Der Reingewinnüberschuß stieg bei 78 Gesellschaften von 8,6 auf 12,7 Millionen Mark.

**Das Bombenattentat in Los Angeles,** durch welches im Jahre 1910 das Gebäude der „Times“ zerstört und 21 Personen getötet wurden, hat endlich seine Ursache in der Beurteilung seiner Urheber, zweier Brüder namens Mac Namara, gefunden. Die Verbrecher waren Angestellte des amerikanischen Metallarbeiterverbandes und haben durch ihre Schredensstat den amerikanischen Gewerkschaften ungeheuren Schaden zugefügt. Die beiden Brüder haben die Tat selbst zugestanden; einer von den beiden namens James legte sein Geständnis schriftlich nieder. Er habe das Attentat mit sechzehn 80prozentigen Patronen verübt, um durch Zerstörung des Gebäudes die Eigentümer zu erschrecken. Die Absicht einer Tötung habe er nicht gehabt, vielmehr sein Leben für die dabei getöteten 21 Unschuldigen an. Er wurde zu lebenslänglichem Gefängnis und sein Bruder John zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Zu diesem kaum glaublichen Vorgange hat nun auch das Komitee des amerikanischen Arbeiterbundes Stellung genommen und folgende Erklärung veröffentlicht: „Die Brüder Mac Namara haben selbst gestanden, das große Verbrechen verübt zu haben. Die ungeschickte, unamerikanische Art ihrer Verhaftung und Entführung durch Detektivs war die Hauptursache, warum die Arbeiterchaft an ihre Unschuld glaubte. Gewalt, Brutalität, Verführung von Leben und Eigentum widersprechen den Zielen und Methoden der amerikanischen Arbeiterorganisationen. Kein Interesse wird durch die Anwendung solcher Mittel schwerer verletzt als das der organisierten Arbeiter. Es gibt keine Entschuldigung für Mac Namaras Verbrechen, sondern nur eine Genugtuung durch entsprechende Bestrafung. Es wäre eine grausame Ungerechtigkeit, die Arbeiterbewegung gesetzlich oder moralisch für die Verbrechen einiger ihrer

Mitglieder verantwortlich zu machen. Die Organisationen bewillkommen die Untersuchung durch die Bundes- oder Staatsgerichte. Das Verbrechen gibt jedoch eine heilsame Lehre. Es zeigt die Unmenslichkeit und Zwecklosigkeit der Gewaltanwendung, um Unrecht gutzumachen und Rechte zu erlangen. Das Vorgehen der Brüder Mac Namara widerpricht dem guten Namen und den hohen Idealen der Arbeiter.“ Die Erklärung, die eine öffentliche Berechnung der Einnahmen und Ausgaben des Verteidigungsfonds unter Bekanntgabe der Beitragenden enthält, ist von dem Präsidenten Compers und anderen Führern mit Ausnahme Ryan, des Präsidenten der Brüdern- und Eisenkonstruktionsarbeiter, unterschrieben.

**Ein Ehrentag für die Bergarbeiter im Ruhrreviere** war der Wahltag zum Berggewerbegericht am 6. Dezember. Denn trotzdem die Grubenherren durch ganz eigenartige Wahlbezirksgeometrie alles versuchten, um den bisherigen Einfluß der Mitglieder des freien Bergarbeiterverbandes zu brechen, so haben doch die Kandidaten des letzteren mit erdrückender Mehrheit gesiegt. Es wurden 132 des freien Verbandes, 32 der Christlichen, 27 Polen und von den Hirsch-Wunderschen keiner gewählt.

**Ein Dokument von eigenartigem Werte,** das einen tiefen Einblick in die engen Beziehungen zwischen Polizei und Unternehmer zur Unterdrückung der gewerkschaftlichen Bestrebungen gewährt, welche der bekannte Bind der Redaktion eines Arbeiterblatts auf den Tisch. Es ist ein Rundschreiben, das die Mitglieder des Buchhändlerhilfsverbandes zu Leipzig an ihre Markthelfer schicken wollten, wenn diese den Beschluß gefaßt und durchgeführt hätten, zum besseren Nachdruck für ihre gegenwärtige Losbewegung die Arbeit niederzulegen. Das Schriftstück lautet: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß im Fall eines Streiks jeder Arbeitswille unter polizeilicher Schutze steht, für den hinreichend gesorgt ist. Sollten Sie auf der Strafe von irgend jemandem belästigt werden, so sind Sie berechtigt, sich eine solche Belästigung unbedingt zu verbitten. Sört die Belästigung trotzdem nicht auf, so gehen Sie ruhig bis zum nächsten Schuhmanne, die zahlreich auf den Straßen verteilt stehen werden, und veranlassen diesen, denjenigen, der Sie belästigt hat, zu arretieren. Außerdem habe ich einen besonderen juristischen Beirat engagiert, der auf meine Kosten die Interessen meiner arbeitswilligen Angestellten bei Gericht vertreten wird. Der betreffende Herr wird jeden meiner Angestellten täglich im Geschäft befragen, ob Belästigungen stattgefunden haben und den Tatbestand kurz zur weiteren Verfolgung protokolllarisch festlegen. Ich hoffe auf diese Weise allen meinen arbeitswilligen Angestellten den denkbar größten rechtlichen Schutz gegen Angriffe von Streikenden oder Streikposten verschafft zu haben. Ich bin ferner bereit, auf Wunsch meine arbeitswilligen verheirateten Angestellten morgens durch Droschken abholen und abends durch Droschken nach ihren Wohnungen bringen zu lassen, die unverheirateten an geeigneter Stelle einquartieren. Ein Streik ist zurzeit, nachdem das Schiedsgericht zugunsten der Arbeitgeber entschieden hat, ein glatter Tarifstreik. Lassen Sie sich also nicht durch den Terrorismus unvernünftiger Elemente, die an Hab und Gut nichts zu verlieren haben, zu Rechtsbruch und Treulohigkeit gegen Ihre Firma verleiten!“ So wollen die Unternehmer den Arbeitern jeden Einfluß auf die Schmutzkonkurrenzen in Arbeiterkreisen mit Polizeigewalt unmöglich machen. Für sich selbst aber beanspruchen sie in entgegengekehrter Weise die Hilfe der Gesetze. Sie lassen Unternehmer, die Lieferungen unter jeder Bedingung an sich ziehen und zu Schleuderpreisen arbeiten, von den Gerichten wegen unlauteren Wettbewerbs verurteilen. Versuchen aber die Arbeiter nur durch Überredung die Streikbrecher, die doch genau betrachtet auch nichts anderes sind als unlautere Wettbewerber auf dem Arbeitsmarkte, das gleiche zu tun, dann ertönt der Ruf nach dem Staatsanwalt. Und der letztere füllt sich verpfichtet, jene in Schutz zu nehmen, die genau daselbe tun, was einen Unternehmer in den Augen seiner Kollegen zum Gewerbeschädiger stempelt. Da soll man nicht von Klassenjustiz reden!

**Urteil eines Arztes über das gefährliche Riemenaufliegen.** In einem Dorfe in Südbannover wurde ein Arbeiter einer Zementfabrik beim Riemenaufliegen, das in vollem Betriebe geschah, getötet. Der zu der Leichenschau hinzugerufene Kasernenarzt der betreffenden Fabrik hatte mit Recht diese wie die Betriebsunsicherheit mancher anderen Fabrik als moderne Menschenfährlichkeit bezeichnet, die endlich aufhören müsse. Die Leiter der Fabrik fühlten sich verletzt und stellten Klageantrag mit dem Erfolge, daß nach dem Freispruch der ersten Instanz die Berufungsinstanz auf 30 Mk. Geldstrafe erkannte. Ein Kasernenarzt, führte der klägerische Anwalt aus, habe die Verpflichtung, nur beruhigende Worte auszusprechen.

**Gegen das Koalitionsrecht haben die Nationalliberalen im sächsischen Landtag eine Interpellation eingebracht,** die folgenden Wortlaut hat: „Der Terrorismus, den die sozialdemokratischen Gewerkschaften und Verbände gegen die ihnen nicht zugehörigen Berufsgenossen, gegen die Arbeitswilligen und gegen die Gewerbetreibenden ausüben, gefährdet den Bestand und die Entwicklung von Handel, Industrie und Handwerk und beeinträchtigt schwer die Freiheit der arbeitsfreudigen Arbeiterchaft; er verhindert das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, schädigt das Rechtsbewußtsein im Volk und stört die Rechtsicherheit. Gält die Regierung demgegenüber die geltenden gesetzlichen

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 12. Dezember 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 143.

(Vorsetzung aus dem Hauptblatt.)

stimmungen und die ihr zustehenden Machtbefugnisse für ausreichend, und wenn nicht, was gedenkt sie zu tun? Daß die große Mehrheit der Arbeiterklasse erst durch rücksichtslose Ausbeutung in Handel, Industrie und Handwerk dazu gezwungen wird, die sogenannte „arbeitsfreie Arbeiterklasse“ zu verlassen, gerade so wie die Unternehmer die Schmutzfonturten in ihren eignen Reihen, das wollen die „liberalen“ Interpellanten nicht einsehen.

Eine Gewerkschaft der Mieter wurde in Zürich ins Leben gerufen, und zwar mit der Begründung, daß der dortige Mieterverein einzuschlafen drohe und nur noch akademischen Wert habe. Die neue Gewerkschaft will den Wohnungswucher durch Boykott, Streik und Kollektivmietvertrag scharfer als bisher bekämpfen.

Latente Buchstaben im Auslandsverkehr. Das Reichspostamt empfiehlt in neuerer Zeit, die Adressen auf Postsendungen nach Ländern, wo die deutsche Sprache wenig oder gar nicht gebräuchlich ist, z. B. nach Rußland, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Amerika, in der Sprache des Bestimmungslandes oder einer andern dort bekannten Sprache abzufassen, mindestens aber in lateinischen Schriftzügen. Die Nichtbeachtung dieser Vorsichtsmaßregel kann, wie die Erfahrung lehrt, da in jenen Ländern deutsche Schriftzüge nicht bekannt sind, die Rücksendung oder wenigstens eine Verzögerung der Auslieferung an den Empfänger und damit für diesen sowie auch für den Absender große Unannehmlichkeiten zur Folge haben.

Die endgültige Auflösung des Deutschen Reichstags wurde unter dem Datum des 7. Dezember im Reichsgesetzblatt bekanntgemacht. Die Neuwahlen wurden definitiv auf den 12. Januar 1912 festgesetzt.

## Literarisches.

„Maschinentechnischer Kalender der graphischen Gewerbe, 1912.“ Wie seine drei Vorgänger, so stellt auch der jetzt vorliegende vierte Jahrgang dieses in weiten Kreisen des graphischen Gewerbes sehr beliebt gewordenen Taschenkalenders seinen Herausgeber Georg Seidel in München das beste Zeugnis aus. Die einzelnen Abschnitte, wie „Neuerungen und Verbesserungen an graphischen Maschinen und Apparaten“ usw., sind vollständig neubearbeitet worden. Es wurden in diesem Abschnitt auch die im vergangenen Jahr erteilten Patente für die Maschinentechnik in graphischen Gewerbe aufgenommen. Außerdem wurde ein größeres Kapitel dem Bilderdruck der Tageszeitungen gewidmet und diese höchst aktuelle Frage sehr instruktiv behandelt. Der Abschnitt „Allgemeiner Ratgeber“ wurde bedeutend erweitert, und zwar in der Hauptache durch technische Winke aus der Praxis für Drucker, Maschinensetzer, Stereotypen usw. in gleichmäßigem Umfang. Ein Spezialkapitel über „Elektrotechnisches“ verdient besondere Hervorhebung. Zu beziehen ist der Kalender durch den Verlag von R. Wed. (R. Feile) in München zum Preise von 1 Ml.

## Verschiedene Eingänge.

„Typographische Mitteilungen.“ Offizielles Organ des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Nr. 6. 8. Jahrgang.

„Typographische Rundschau.“ Monatschrift zur Wiebergabe von Drucksachen aus Buchdruckereien, Schriftgießereien, Fachvereinen usw. Novemberheft. Herausgeber und Drucker Jos. Wienands in Bonn a. Rh. Der Abonnementspreis beträgt pro Vierteljahr ohne Bestellgeld 75 Pf. Einzelhefte 30 Pf.

„Die Schreibkunst.“ Zeitgemäße Anregungen zur Pflege der Kalligraphie. Kalligraphieverlag Ed. Lautenbach in Mariendorf bei Berlin. Preis 3 Ml. Verbandsmitglieder erhalten das Heft zum Vorzugspreise von 2,50 Ml. einschließlich Porto. Das Schriftwerk stellt eine jahrelange Arbeit im Studium und Schreiben der verschiedenen Schriften dar. Der Herausgeber steht mitten in der Praxis und hat das kleine Studienwerk auch ganz den allgemeinen Bedürfnissen der Praxis voll angepasst.

„Handbuch für sozialdemokratische Wähler.“ Herausgegeben vom Vorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, U. m. b. H., Berlin SW 68, 781 Seiten. Gebunden 5 Ml. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

## Briefkasten.

Z. B. in B.: Wird aufgenommen, vielleicht zu Welchnachten. — R. A. in Berlin: Über derartige Jubiläen können wir in gewünschter Form nicht berichten. — Grammatikus in München: Wir empfehlen Ihnen ein

gründliches Studium der deutschen Sprache, dann werden Sie nicht mehr in die Verlegenheit kommen, solche Fragen zu stellen. — J. S. in Gumbel: Ehe wir zu der Sache Stellung nehmen, müssen wir uns von dem zuständigen Bezirksvorsitzenden in Oberschlesien nähere Auskunft erbitten. — G. B. in Stuttgart: 1. Wie Sie aus der hinter „Briefkasten“ gedachten Berichtigung ersehen, ist dieser lapsus nicht durch Streichungen entstanden. 2. Für die andre Mitteilung haben wir keine Verwendung, da dergleichen sich so oft in Deutschlands Gauen ereignet, daß von einem allgütigen Vorgange gesprochen werden kann. — Orts. M.-H.: Die Abfassung des Berichts ist einwandfrei nach jeder Seite hin. Der betreffende Bezirksvorstand ist doch sicher auch in der Lage, die Tragweite überblicken zu können. Eine übertriebene Anglistik in angebotener Richtung würde tatsächlich zur Schädigung des Ansehens unfer verdientvollen Organisation führen, wozu wir es unter keinen Umständen kommen lassen dürfen. — Nach Köln: Der arme, unschuldige Gutenbergbund! Monopolbestrebungen gibt es doch nur bei dem bösen Verban! Der Bund kann nur die schändliche Ausbeutung eines harmlosen „Zufalls“ in einen solchen schlimmen Verdaß bringen. Na, warte, die Demagogen werden wir abhürten! — J. Gr. in München: Erst Ausweis über Mitgliedschaft beibringen. O. W. in Halle a. S.: Des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Wird also aufgenommen. — E. W. in Berlin: Für diese Nummer nicht mehr zu ermöglichen. Früher einsehen — acht Tage längstens nach Stattdenken! — es nützt sonst alles nichts. — H. in Köln: Dankend empfangen, aber Strapazzo bezahlen müssen. Darf nicht wieder vorkommen, sonst Verweigerung der Annahme. — Nach Stuttgart: Die Gefahr einer solchen Freundschaft ist ganz ausgeschlossen. Zu übrigen besten Dank. — H. in Düsseldorf: Wenn dieses Flecken auch verschwindet, bleibt der eigentliche Fied noch groß genug. Gruß! — H. H.: 1. Das sind ja reizende Monopolgezeiten! Warum die waadere Bundesleitung den öffentlichen Ankläger Becker nur nicht einmal mit solchen Materialen betraut? So muß der arme Kerl im Reichstage Blut schwitzen mit den faulen Mägen, die ihm voller Christlichkeit der edle Bund zuspricht. Also gelegentlich mit: unser Lager: von Monopoll- und Arbeitsnachweisgesellschaften assortiert sich immer besser. 2. Wozu das Generalsekretariat der Zentrumsvereinigungen seinen Namen hergeben, diese Dreifachweise ist eine so fast- und kraftlose Bittensdusterei und stinkt so bedenklich, daß nur ganz rückständige Menschen oder die ärgsten Feinde der Arbeiterbewegung, die fast immer auch die dicksten Freunde der „Christlichen“ Gewerkschaften sind, daran Geschmack finden können. Dieser Schaschnitz ist größtenteils schon in dem blamablen Dreifachen Sammelheft „Demastert“ sowie in der vorjährigen Agitationsbroschüre des Gutenbergbundes entfallen. Also längst überlegt (wie u. a. die Geschichte von der sehr moralischen, gerichtsbekanntem Familie in dem kleinen wirttembergischen Städtchen), teils in den jüngsten Tarifverhandlungen als handhabender Schwindler (Fall Leipzig) dem Thronet um die Ohren geschlagen oder von selbst gerichtet. Die auf so bloßes Zeug anseihen, sollen sich nur schleunigst eine Fahrkarte nach Dalldorf lösen. Für freundliche Information unsern Dank! — Nach Wien: In der bekannten Sammlung von Meisterwerken der Demagogie nimmt allerdings die neueste Leistung des „Typograph“ die erste Stelle ein. Wenn der Zentrumsabgeordnete und christliche Arbeitersekretär Gronowski für einen katzenhaften Buchdruckerhelfen, den er für bestimmte Zwecke geeignet hält, eine Kandidatur ausmacht, so entspringt das rein menschlichem Empfinden! Daß er zu der erforderlichen Benachrichtigung ein Kuvert der Geschäftsstelle des Zentrumswahlvereins benutzte, war ein blander Zufall. „Lediglich zufällig“, wie das Bundespapier sagt, verwandte der Zentrumsabgeordnete und christliche Arbeitersekretär Gronowski noch ein eben solches Kuvert und „lediglich zufällig“ auch einen Briefbogen von dieser Zentrumsorganisation, um bei dem betreffenden Gehilfen im Auftrage des bündlerischen Offiziersvertrauensmanns den Freiwerber für den Gutenbergbund zu machen. Wenn aber nun so ein lediglich zufälliger, in der Praxis jedoch unmöglicher Zufall zugunsten des Verbandes gespielt hätte, würde da nicht der „Typ.“ Beter und Wladis geschrien, am Ende gar wieder eine riesendämliche Broschüre vom Stapel gelassen haben? Ist das nicht höchst von einer hyperneutralen „Gewerkschaft“, daß der bündlerische Vertrauensmann, der in dem Eingefallenen einen Unorganisierten vermutete, sich „lediglich zufällig“ an einen christlichen Arbeitersekretär und Zentrumsabgeordneten wendet, dieser solle ihn für den Gutenbergbund lapern? Hat der Gutenbergbund nicht in aller Form oder „lediglich zufällig“ dem Deutschen Buchdruckervereine vorzuziehen, dergleichen satte Neutralitätsverletzungen zu unterlassen? Wie oft hat „lediglich zufällig“ der Bund schon auf seine hohen und heiligen Verfassungen gepiffen? Denn wie der hübsche Fall Gronowski, so haben doch noch viele ähn-

liche Liebesdienste für den Bund stattgefunden, sie kamen lediglich zufällig nur nicht an das Tageslicht. — Hede: 2,60 Ml.

Berichtigung: In dem Artikel „Die gehobene Lebenslage eines Korrektors“ ist durch Übersehen einer Randbemerkung an der richtigen Stelle und ihre Unterbringung an einer falschen ein sinntentstehender Fehler unterlaufen. Es ist also auf der zweiten Seite in der zweiten Spalte der Schluß des dritten Absatzes folgendermaßen zu lesen: „also unterbleibt es in Zukunft.“ Es rächt sich erst dann, wenn der Autor einen satigen Hering schreibt. Im Abzuge 7 kommen die zwei Zeilen „Es rächt sich usw.“ in Fortfall.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 2, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechnummer Kurkurs Nr. 1191.

Breslau. Um Angabe der Adresse des Druckers Georg Schwarzer aus Breslau (Hauptbuchnummer 31970) ersucht M. Schubert, Breslau I, Kupferschmiedestraße 7.

Duisburg-Ruhrort. Der Seher Binnemann, August bis September in Duisburg-Weidich in Kondition, möge sich wegen Begleichung seiner Beiträge sofort mit dem Kollegen Otto Pippig, Neumarkt 16, in Verbindung setzen. Die verehrl. Verbandsfunktionäre werden gebeten, A. hierauf aufmerksam zu machen.

Mech. Der Seher Fritz Koch aus Wülheim a. d. Ruhr (Hauptbuchnummer 30388), der ohne Buch von hier abreiste, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Verbands gegenüber nachzukommen, widrigenfalls derselbe ausgeschlossen wird. Die Papiere desselben liegen bei dem Kassierer J. R. Gülller, Mech.-Denant-les-Ponts, Jolieweg K. 36. Die Herren Funktionäre werden gebeten, Koch auf vorstehendes aufmerksam zu machen.

## Adressenveränderungen.

Siegen i. W. (Bezirk und Ort.) Joh. Maubach, Sandstraße 69.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Aßensberg der Schweizerdegen Anton Jäger, geb. in Aßensberg 1892, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — In Herbrud der Seher Christian Viller, geb. in Herbrud 1899, ausgel. das. 1906; war schon Mitglied. — In Regensburg der Stereotypneur Max Haller, geb. in Regensburg 1879, ausgel. das. 1897; war schon Mitglied. — Joseph Seig in München, Holzstraße 24 I.

In Elberfeld der Seher Karl Overmann, geb. in Elberfeld 1875, ausgel. das. 1894; war schon Mitglied. — H. Marckall, Humboldtstraße 53 II.

In Gann.-Münden der Seher Karl Engelking, geb. in Bad Wildungen 1887, ausgel. das. 1905; war schon Mitglied. — H. Bornemann in Göttingen, Gartenstraße 11 II.

In Seidelberg der Drucker Gustav Raufsch, geb. in Polshwitz (Kr. Jauer) 1860, ausgel. in Pirichberg 1878; war schon Mitglied. — R. Schneider, Obere Redarstr. 19.

In Neubann der Seher Erich Kuste, geb. in Kriening 1888, ausgel. in Pöyri 1907; war schon Mitglied. — Otto Müller in Frankfurt a. O., Oberstr. 5 II.

In Oppeln der Drucker Adolf Heinlein, geb. in Koburg 1890, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — Adolf Müller in Heiße, Breslauer Straße 19.

In Wiffen (Sieg) der Seher Oskar Wahlefeld, geb. in Holl b. Kirten (Kr. Wipperfürth) 1893, ausgel. in Wipperfürth 1910; war noch nicht Mitglied. — J. Maubach, Siegen, Sandstraße 69.

## Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Oktober 1911.

a) Auf der Reise: übernommen vom vorhergehenden Monate 504 Mitglieder, aus Kondition kamen 116, aus gegenseitigen Vereinen 204 (169 Verbands- und 45 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Dänemark 7 Verb.- und 11 gegenl. Mitgl., aus Frankreich 3 Verb.- und 1 gegenl. Mitgl., aus Holland 1 Verb.-Mitgl., aus Italien 1 Verb.-Mitgl., aus Norwegen 2 gegenl. Mitgl., aus Österreich 133 Verb.- und 30 gegenl. Mitgl., aus Rußland 1 Verb.-Mitgl., aus Schweden 1 Verb.-Mitgl., aus der Schweiz 12 Verb.- und 1 gegenl. Mitgl.), aus konditionslosem Aufenthalte kamen 120, krank waren 14, vom Militär 1, zusammen 959 Mitglieder (639 Verb.- und 120 gegenl. Mitglieder, hierunter 1 Wobnier, 13 Dänen, 1 Finnländer, 1 Kroate, 2 Augensburger, 6 Norweger, 60 Österreicher, 1 Serbe, 7 Schweden, 9 Schweizer und 10 Ungarn). Von diesen auf der Reise befindlichen 959 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 45 6—12 Beitr., 221 13—49 Beitr., 129 50—74 Beitr., 89 75—99 Beitr.,

154 100-149 Beitr., 276 150-499 Beitr., 33 500-749 Beitr. und 12 Mitglieder 750 und mehr Beiträge. Es traten wieder in Kondition 383 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 128 (72 Verb.- und 56 gegen. Mitglieder, und zwar nach Dänemark 5 Verb.- und 11 gegen. Mitgl., nach Frankreich 2 Verb.-Mitgl., nach Holland 3 Verb.-Mitgl., nach Luxemburg 2 Verb.-Mitgl., nach Österreich 56 Verb.- und 42 gegen. Mitgl., nach Rußland 1 gegen. Mitgl., nach Schweden 1 gegen. Mitgl., nach der Schweiz 4 Verb.- und 1 gegen. Mitgl.), bei Schlusse des Monats verblieben konditionalslos am Orte 169, krank wurden 7, zum Militär 4, ausgesteuert 3, ausgetreten 1, ausgeschieden 1, zum andern Beruf 1, der Nachweis fehlte bei 12, auf der Reise verblieben 250, **zusammen 959 Mitglieder**, und zwar 796 Seher, 155 Drucker, 4 Gelehrte, 1 Stereotypen-, 3 Galvanoplastiker. Außerdem waren nach den Angaben der Steiffasserverwalter 14 Nichtbezugsberechtigigte (darunter 2 Dr.) und 17 Ausgesteuerte (darunter 7 Dr.) auf der Reise. Es wurden vorausgibt: An 471 Mitglieder für 7246 Reisetage (grüne Leg.) à 1 M. — 7246 M., an 488 Mitglieder für 6258 Reisetage (weiße Leg.) à 1,50 M. = 9387 M., an Porto 16,70 M., an Remuneration 268,50 M., in Summa 16918,20 M., hiervon 14713,20 M. an Verbands- und 2205 M. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 2 M. an Bosnier, 226,50 M. an Dänen, 9 M. an Finnländer, 29 M. an Kroaten, 57 M. an Luxemburger, 141,50 M. an Norweger, 979 M. an Österreicher, 15 M. an Serben, 129,50 M. an Schweden, 201,50 M. an Schweizer und 415 M. an Ungarn. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1911 an 959 Mitgl. 13.504 Tage — 16918,20 M.  
1910 „ 1070 „ 14.769 „ — 18.521,50 M.  
wenig. 1911 an 111 Mitgl. 1.265 Tage — 1.603,30 M.

b) Am Ort: übernommen vom vorhergehenden Monate 1913 Mitglieder, neu hinzugekommen 1367, zusammen 3780 Mitglieder; hiervon waren berechtigt 1064 Mitglieder bis zu 70 Tagen, 2163 Mitglieder bis zu 140 Tagen; 313 Mitglieder bis zu 210 Tagen und

240 Mitglieder bis zu 280 Tagen. Es traten wieder in Kondition 2149 Mitglieder, gingen auf die Reise 120, wurden krank 17, ausgesteuert 79 (wovon 56 mit 70 Tagen, 22 mit 140 Tagen, und 1 mit 365 Unterstühtungstagen), Unterstützung entzogen 3, zu einem andern Beruf gingen 7, zum Militär 181, selbständig wurde 1, ins Ausland 2, im Bezuge der Unterstützung verblieben am Schlusse des Monats 1221 Mitglieder, **zusammen 3780 Mitglieder**, und zwar 3010 Seher, 661 Drucker, 57 Gelehrte, 39 Stereotypen-, 11 Galvanoplastiker und 2 Korrektoren. — Diese 3780 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 333 (darunter München 168, Nürnberg 67, Würzburg 22, Augsburg 13), Berlin 1035, Dresden 141 (darunter Stadt Dresden 124), Elbsaß-Lothringen 57 (darunter Straßburg 35), Erzgebirge-Vogtland 66 (darunter Chemnitz 26), Frankfurt-Gießen 130 (darunter Frankfurt a. M. 93, Kassel 16), Hamburg-Altona 155, Hannover 74 (darunter Stadt Hannover 30, Braunschweig 16), Leipzig 296, Mecklenburg-Lübeck 26 (darunter Lübeck 15), Mittelrhein 144 (darunter Mainz 20, Wiesbaden 17, Mannheim 14, Heidelberg 13, Darmstadt 12), Nordwest 52 (darunter Bremen 25, Oberyain 64 (darunter Karlsruhe 27), Oder 103 (darunter Stettin 28), Osterreich-Ähringen 91 (darunter Erfurt 12), Ostpreußen 33 (darunter Königsberg 24, Posen 18, Rheinland-Westfalen 379 (darunter Köln 66, Düsseldorf 48, Essen 27, Aachen 25, Bielefeld 21, Elberfeld 18, Krefeld 17, Bochum und Dortmund je 15, Wamen und Hagen je 13), An der Saale 181 (darunter Magdeburg 65, Halle a. S. 41, Halberstadt 13), Schlesien 177 (darunter Breslau 91, Görtz 15), Schleswig-Holstein 53 (darunter Kiel 30), Westpreußen 33 (darunter Danzig 21), Württemberg 139 (darunter Stuttgart 108). Es wurden vorausgibt: An 1064 Mitglieder für 13.587 Tage à 1,50 M. = 20.380,50 M. und an 2716 Mitglieder für 39.003 Tage à 1,75 M. = 68.255,25 M., in Summa 88.635,75 M. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1911 an 3780 Mitgl. 52.590 Tage — 88.635,75 M.  
1910 „ 4169 „ 68.435 „ — 115.095,25 M.  
wenig. 1911 an 389 Mitgl. 15.845 Tage — 26.462,50 M.

Die Ausgabe von 88.635,75 M. verteilt sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 9707,50 M., Berlin 24.040 M., Dresden 2397,50 M., Elbsaß-Lothringen 1701,25 M., Erzgebirge-Vogtland 1330,50 M., Frankfurt-Gießen 3593,25 M., Hamburg-Altona 2996,50 M., Hannover 1255,75 M., Leipzig 6537,50 M., Mecklenburg-Lübeck 545,75 M., Mittelrhein 3815,75 M., Nordwest 852,25 M., Ostpreußen 1390,50 M., Ober 1821 M., Österreich-Ähringen 2098 M., Ostpreußen 831,25 M., Posen 431,25 M., Rheinland-Westfalen 9505,25 M., An der Saale 4374 M., Schlesien 3664,75 M., Schleswig-Holstein 1186,25 M., Westpreußen 834,75 M. und Württemberg 3722,25 M.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate Oktober

1911 an 4739 Mitgl. 66.094 Tage — 105.553,95 M.  
1910 „ 5239 „ 83.204 „ — 133.619,75 M.

wenig. 1911 an 500 Mitgl. 17.110 Tage — 28.065,80 M. ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (66.094) sind daher 2203 Mitglieder (gegen 2773 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat Oktober hindurch im Bezuge von Arbeitslosenunterstützung gewesen.

**Sauptverwaltung.** Wir erlauben die Herren Steiffasserverwalter, dem auf der Meise befindlichen Seher Otto Girschbeck (Sauptbuchnummer 1395) das Quittungsbuch abzunehmen und dieses zur Prüfung an die Hauptverwaltung einzusenden. Die Legitimation des Kollegen G. ist mit einem diesbezüglichen Vermerk zu versehen.

### Veranstaltungskalender.

**Altenburg.** Versammlung Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Gesellschaftsheim“.  
**Berlin.** Vertrauensmannerversammlung Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Gesellschaftsheim“, Engelauer 15.  
— **Maschinenmeisterversammlung** heute Dienstag, den 12. Dezember, abends 6 Uhr, in den „Industriellen“, Neustadtstr. 20.  
**Danzig.** Maschinenmeisterversammlung Freitag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Walters“, Börsenstraße 21.  
**München.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Postgarten“, Zweibrückenstraße 8.

## Alle, die an einer Erkrankung der Atmungsorgane leiden,

und die Symptome wie Husten, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Schwäche, Traurigkeit, Angstzustände usw. bemerken:

**müssen sehr auf der Hut sein beim Witterungsumschlage,**

da die bei rauhem Wetter, bei Regen und Wind besonders stark grassierende Influenza für Personen, die an einer Erkrankung der Atmungsorgane leiden, sehr bedenkliche Folgen zu haben pflegt.

Leider wissen viele noch nichts von der neuesten Erfindung (patentamtlich geschützt), den Katal-Sauerstoff-Inhalationen von Dr. A. Schleimer, welche in so kurzer Zeit berühmt geworden sind, weil sie ohne jeden Apparat durch ihren aktiven Sauerstoff auf Asthma, Lungenleiden, Katarrhe, Keuchhusten und insbesondere Influenza eine fröhliche Wirkung ausüben. Das bestätigen viele Ärzte und Patienten, letztere in überströmender Dankbarkeit, nachdem sie für ihre zum Teil veralteten Leiden durch diese neuen Dr. Schleimers Katal-Inhalationen endlich Besserung gefunden haben.

Nachstehend nur ein paar von den vielen täglich einlaufenden Dankhagungen und Anerkennungen:

### Das Wunder gewirkt!

Herr Diakon R. Wittmann, Templin, schreibt: Ich bitte, mir umgehend per Nachnahme die nötigen Sauerstoff-Inhalationen zuzusenden, die zu einer Kur erforderlich sind. Ich kenne Ihre Inhalationen von Posen her. Ich gehöre zu dem dortigen Diakonenheim und weiß Ihr Präparat zu schätzen. Aberall, wo wir es empfohlen haben, hat es Wunder gewirkt. Da ich sehr viel von unrer Angst verschiedet werde, werde ich stets bemüht sein, Ihr Präparat jedem Leidenden zu empfehlen. Wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir gleich nach Erhalt des Briefes die Inhalationen zusenden würden.“

### Aus vollem Herzen!

Herr Ingenieur Max Wust, Dresden, schreibt: „Aus vollem Herzen kann ich den Zuschriften bestätigen, die Sie schon erhalten haben. — Ich leide seit drei Jahren an einem hartnäckigen Bronchialasthma. Starke Rasteln aus der Brusttröhre und Auswurf waren die Folgen desselben. Nach Gebrauch von 25 Inhalationen ging das Rasteln zurück und ist jetzt fast vollständig verschwunden. Und erst hörte man es drei Meter weit. Was in drei Jahren Bäder und Inhalationen mit allerlei Zusätzen nicht fertig brachten, erreichten Ihre Katal-Inhalationen in etwa 14 Tagen. Es wird mir ein Vergnügen sein,

Ihre Inhalationen weiter zu empfehlen. Ich bin sicher, mit Hilfe Ihrer Inhalationen wieder ganz gesund zu werden.“

### Volle Wirkung getan!

Herr Jos. Wolfershofer, München, schreibt: Mit Freuden kann ich Ihnen mitteilen, daß die von Ihnen bezogenen Katal-Sauerstoff-Inhalationen ihre volle Wirkung getan haben gegen meine seit sechs Monaten bestehende Tuberkulose. Auswurf wurde weniger und speichelartiger; auch Brustschmerzen linderten sich bedeutend. Habe die Inhalationen meinen Bekannten aufs beste empfohlen.“

### Die Fabrik gestattet jedem einen kostenlosen Versuch!

Man braucht nur an die Aktio-Sauerstoff-Gesellschaft m. b. H. Berlin W 35 A 472 eine Postkarte zu schreiben, auf der man seine Adresse (sehr genau und deutlich!) angibt, und man erhält umgehend gratis und franko eine Probe-Inhalation zugesandt.

So kann jeder ohne Risiko die Wirkung dieses einzigartigen hilfreichen Mittels an sich selbst erproben, denn schon die erste Inhalation pflegt eine auffallende Erleichterung der Atmung zu bringen!

Man zögere nicht! Jeder Tag ist wichtig! Genaue Gebrauchsanweisung, ärztliche Gutachten, eine ganze Sammlung von Anerkennungen usw. liegen der kostenfreien Probeabgabe bei. [114]

Am 15. Januar erscheinend.

XXXIII. JAHRGANG • HEFT 1, 1912

**TYPOGRAPHISCHE JAHRBÜCHER**

400 wertvollste Satzmuster Schrift-, Papier- und Farbproben.

Kostenlos Teilnahme an allen Kursen! Jedes Heft 88 Pfennig!

Probeheft gratis!

Jede Buchhandlung sowie der Verlag Julius Klöpper, Leipzig, nehmen Bestellungen an!

**Zeitungskorrektor**

der stich stenographieren kann, zum alsbaldigen oder späteren Eintritte gesucht. Herren aus dem Seherhande, mit Praxis zur Aufnahme am Telephon, erhalten den Vorzug. Stellung dauernd. Werte Offerten mit Gehaltsanspruch und Referenzen unter Nr. 274 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Züchtiger, gewissenhafter

**Korrektor**

! gesucht. Bewerb. in Zeitung u. Gehaltsang. an die: Kaufische Buchdruckerei, Berlin S. 13.

In einer größeren Werstdruckerei Mitteldeutschlands wird ein nicht zu junger, in Wert- und Plattendruck geübter

**Maschinenmeister**

in dauernde Stellung gesucht. Es wollen sich jedoch nur solche bewerben, die in obigen Druckarbeiten tatsächlich Tätigkeits leisten und selbständig und rasch zu arbeiten verstehen. Anerbietungen unter genauer Angabe der bisherigen Stellen und des Gehaltsanspruchs unter Nr. 318 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Maschinenmeister**

für die Papiere, durchaus tüchtig und zuverlässig, auch an andern Druckmaschinen feint. findet dauernde tarifliche Stellung. Werte Offert. unter M. 278 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Schriftgießer**

für Handmaschine findet dauernde Kondition bei

Schriftgießerei Otto Esch, Berlin, Dresdener Straße 109.

**Tüchtige Stempelschneider und Zeuggrabeure**

finden dauernde und angenehme Stellung bei

H. Mathaeus Dessau, Flossergasse 46, 281

**Komplettmaschinengießer**

wird gesucht

Schriftgießerei E. Rieberg, Leipzig.

Jünger, tüchtiger

**Stereotypen**

wird zum baldigen Eintritte gesucht. Besichtigung laut Karik. Bewerber, welche auch mit vierseitiger Notation Bescheid wissen, werden bevorzugt. Werte Offerten u. Schloßien Nr. 319 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Stempelschneider und Graveur**

für Feig und Stahl (zuzelt im Auslande) sucht anderweitige Stellung. Werte Offerten unter Nr. 322 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Technikum für Buchdrucker**

Leipzig-R. 280. Bildungsstätte für Söhne von Buchdruckerbetrieblern und Buchdruckern, welche sich für leitende Stellungen vorbereiten wollen. — Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung. — Man verlange Prospekt.

**Verlangen Sie**

III. Prokolliste über Utensilien f. Setzer u. Drucker u. sämtl. Druckerbedarf v. W. Böttcher, Rindler-Pachschacht, Leipzig-Sohl., Jahnstr. 15 B. [314]

**H. MATHAEUS DESSAU**  
Flossergasse 46  
Katalog gratis u. fr.

**Jeder Buchdrucker**

hat großes Interesse an der billig. u. anregenden

**• Typographischen Rundschau •**

Monatschrift in Taschenformat, jährlich etwa 600 wertvolle Reproduktionen. Besorgen Sie bei der Post. Vierteljahr 75 Pf., ohne Postgeb. 60 Pf. herausg. u. Drucker: J. Wietzold, Bonn. [313]

**August Götens**

wo steht Du? Sende doch Deine Adresse an Deinen Bruder **Cornelis Götens**, Hamburg 31, Stellingerweg 29. [315]

Heute vormittag verstarb nach nur kurzem Krankenlager im 63. Lebensjahre unser lieber Kollege, der Schriftsetzer Herr

**Otto Schumann.**

Der Verstorbenen, welcher längere Zeit unser Vertrauensmann im Geschäfte war, errichtete sich allgemeiner Achtung und Beliebtheit und wird uns unvergesslich bleiben. [316]

Berlin, den 7. Dezember 1911.

Die Kollegen der Norddeutschen Buchdrucker- und Verlagsanstalt.

Am 7. Dezember verschied nach langem, schwerem Leiden in Neumarkt in Sehl. unser Mitglied, der Setzer

**Max Ganser**

im Alter von 25 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Bezirksverein Lignitz. [317]